

panorama

inforegio

31

Herbst 2009

Klimawandel –

Antworten auf regionaler Ebene

de

EDITORIAL

Dirk Ahner

3

ÜBERBLICK

Klimawandel – heute Emissionen reduzieren, sich an morgen anpassen

4-7

8-11

INTERVIEW

Jeremy Rifkin – Chitra Nadarajah – Alain Hubert – Juergen Kropp

12-13

ALLGEMEINS

Güssing: Wo grüne Träume sich auszahlen

14-16

VOR ORT

La Réunion – eine Insel mit einer Mission

17

TROUBLESHOOTING

EFRE – Bereitstellung von Mitteln zur Förderung der Energieeffizienz

18-19

GEMEINSAME BASIS

Klimawandel: Gemeinsam handeln

20

INFORMIEREN SIE SICH AUSFÜHRLICHER

21

REGIONALE ANGELEGENHEITEN

Ein neuer Kommissar für Regionalpolitik – Dr. Pawel Samecki wird vorgestellt

22-23

IN UNSEREN PROJEKTEN

Popakademie, Mannheim – Das Zentrum für Nanogesundheit

24-25

NETWORKING

Kommunikation – unserem Planeten zuliebe

26

LETZTE AUSGABE, NÄCHSTE AUSGABE

27

TERMINE

28

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Fotos (Seiten):

Titelseite: Istockphoto

Seiten 4, 6, 7, 8, 9, 14, 15, 16, 19, 24, 25: © EC

Seiten 5, 10, 24, 25, 26 : © Istockphoto

Seite 9: © Rebecca McDonnell

Seite 10: © International Polar Foundation, R. Robert

Seite 11: © Juergen Kropp

Seite 12: © EEE GmbH

Seite 18: © JCR

Seite 22: © HorstHamann/Popakademie

Seite 23: © CNH

Herausgeber: Raphaël Goulet, Europäische Kommission, GD Regionalpolitik

Diese Zeitschrift wird in Deutsch, Englisch und Französisch auf Recyclingpapier gedruckt und liegt unter folgender Adresse in 21 Amtssprachen der Europäischen Union vor:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/panora_en.htm

Die Beiträge in dieser Veröffentlichung geben die Ansichten der Verfasser und nicht notwendigerweise die Meinungen der Europäischen Kommission wider.



Klimawandel – weltweiter Effekt, regionale Auswirkungen

Die größte Herausforderung, mit der unser Planet heute konfrontiert ist, sind die Auswirkungen des Klimawandels: eine globale Bedrohung mit vielen verschiedenen Facetten. Von Überschwemmungen bis zu Dürreperioden – inwieweit wir von den aktuellen Veränderungen und denen, die zukünftig eintreten werden, betroffen sind, hängt von der Region ab, in der wir leben. Und die Auswirkungen müssen wir auf regionaler Ebene angehen. Während die Regierungen in Kopenhagen zur 15. UN-Klimakonferenz zusammenkommen, um Vereinbarungen zur Reduzierung der Emissionen auszuhandeln, arbeiten die Regionen nun daran, den Menschen zu helfen, sich auf die unweigerlich bevorstehenden Veränderungen einzustellen.

Wie Jeremy Rifkin, Wirtschaftswissenschaftler und politischer Berater für das Thema Klimawandel, erklärt, ist die regionale Entwicklung in diesem Kontext von wesentlicher Bedeutung, da hier die Fördermittel ausgegeben werden. Wir interviewen Rifkin, um mehr darüber zu erfahren, was seiner Meinung nach getan werden muss, um die Freisetzung von Emissionen zu verringern, und warum die dritte industrielle Revolution, die auf verteilter und nicht auf zentralisierter Erzeugung beruht, in Gang kommen muss, wenn wir eine Chance haben wollen, die Emissionen auf einem sicheren Niveau zu halten.

Ein weiteres Thema, das in dieser Ausgabe von Panorama erörtert wird, sind die aktuellen Änderungen, die am Europäischen Fonds für regionale Entwicklung vorgenommen wurden; dieser kann nun auch energieeffiziente Privatgebäude unterstützen. Falls die Mitgliedstaaten sich dafür entscheiden, könnten bis zu 8 Milliarden € bereitgestellt werden, um dieses grundlegende Ziel zu fördern.

Wir erleben bereits die Auswirkungen des Anstiegs der globalen Temperaturen. Während die Wettermuster immer extremer werden und das Gesundheitswesen die Hauptlast von Hitzewellen und auftretenden Krankheiten trägt, erweist sich die Regionalpolitik als flexibel genug, um Europas Bürger, die der Herausforderung gegenüberstehen, sich an eine sich ständig wandelnde Situation anzupassen, zu unterstützen.

Dirk Ahner

Generaldirektor, Europäische Kommission
Generaldirektion „Regionalpolitik“

„... die Auswirkungen des Klimawandels müssen wir auf regionaler Ebene angehen.“

KLIMAWANDEL – HEUTE EMISSIONEN REDUZIEREN, SICH AN MORGEN ANPASSEN

62 % der befragten Europäer sind der Auffassung, dass der Klimawandel das wichtigste Problem ist, dem die Welt heute gegenübersteht. Ebenso betrachten auch die Regionalpolitik und die Europäische Kommission als Ganzes den Klimawandel als ernsthafte Bedrohung. Die EU erarbeitet derzeit eine Reihe von Maßnahmen, um den Auswirkungen des Klimawandels die Stirn zu bieten und die Emissionen zu reduzieren.

Panorama nimmt diese Maßnahmen unter die Lupe und stellt Überlegungen dahingehend an, welche Auswirkungen der Klimawandel hat und wie Politik und vor Ort getroffene Maßnahmen kombiniert werden können, um die durch die Emissionen bereits entstandenen Schäden zu beheben und den Ausstoß in Zukunft zu reduzieren.

Energie für den Wandel

Wir stehen an einem Scheideweg, an dem „wie gehabt“ keine Alternative darstellt. Auf dem Weg in die Zukunft müssen wir die Art und Weise, wie wir Energie und natürliche Ressourcen gewinnen, nutzen und lagern, völlig neu überdenken, da es sich dabei um Schlüsselfaktoren für eine Verlangsamung des Klimawandels und ein nachhaltigeres Wachstum handelt.

Dieses grundlegende Umdenken kann für die EU auch ein Mittel darstellen, einen Weg aus der wirtschaftlichen Talsohle zu finden, indem sie sich die sich abzeichnende dritte industrielle Revolution – die schnelle Entwicklung eines ganz neuen Energiesystems – zunutze macht.

Die Experten empfehlen einen radikalen Übergang zu einer kohlenstoffarmen Wirtschaft: eine saubere Stromerzeugung, einen viel niedrigeren Energieverbrauch und einen stärkeren Rückgriff auf erneuerbare Energien – auch für unsere Verkehrssysteme. Die Frage ist deshalb, wie die EU die Herausforderungen des Klimawandels zu einer Chance machen kann.

Saubere Energie – Belebung der Wirtschaft

Schon heute hat der Vorstoß in Richtung erneuerbare Energiequellen in Europa zur Schaffung von über 300 000 Arbeitsplätzen geführt. Zur Konjunkturbelebung ermutigt die EU ihre Mitgliedstaaten, noch mehr in Energieeffizienz, saubere Technologien, sauberen Verkehr, Energieverbände und Breitbandnetzwerke zu investieren.

Mehr als 65 % der im Rahmen der Kohäsionspolitik bereitgestellten Mittel (230 Milliarden €) sind für Investitionen in vier vorrangige Bereiche vorgesehen: Menschen (Arbeitsplätze), Unternehmen, Infrastruktur sowie Energie, Forschung und Innovation. Diese Prioritäten sind von wesentlicher Bedeutung, da sie zu einer schnelleren wirtschaftlichen Erholung und einer Verbesserung

Im Mai dieses Jahres wurde der Anwendungsbereich des **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)** um Energieinvestitionen in Gebäude erweitert. Somit können fortan in allen EU-Ländern auch Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Immobiliensektor gefördert werden. Diese können bis zu 4 % der aus dem EFRE zugewiesenen Mittel betragen, was bedeutet, dass bis zu 8 Milliarden € für Energieeffizienz und erneuerbare Energien in privaten Haushalten aufgewendet werden können, wenn die Mitgliedstaaten beschließen, die Mittel diesen Prioritäten zuzuweisen. (Weitere Informationen siehe Seite 17)

der Wettbewerbsfähigkeit beitragen und der Union dabei helfen werden, sich an eine kohlenstoffarme Wirtschaft anzupassen.

Es steht außer Frage, dass erneuerbare Energiequellen, intelligente Stromversorgungsnetze, Elektro- und Wasserstofffahrzeuge, Batterietechnologie und energieeffiziente Produkte und Dienstleistungen die Wachstumssektoren der kommenden Jahrzehnte sein werden.

Die EU als Spitzenreiter auf einem aufstrebenden Markt

Die EU ist in einer guten Ausgangsposition, um aus diesem Übergang vollen Nutzen zu ziehen, da sie bereits sehr aktiv die Installation erneuerbarer Energiesysteme unterstützt. In der EU befinden sich die weltweit führenden, im Bereich der erneuerbaren Energien tätigen Unternehmen. Diesen Vorsprung muss die EU als Sprungbrett für Investitionen in kohlenstoffarme Technologien und einen sparsameren Energieverbrauch nutzen. Der Schlüsselfaktor zur Erreichung dieses Ziels ist die Forschung.

Ein kürzlich erarbeiteter strategischer Technologieplan soll dazu dienen, Förderung und Forschung auf diesem Gebiet zu



koordinieren, um das Potenzial so weit wie möglich auszuschöpfen. Öffentliche Stellen, europäische Industrie und Forschung arbeiten bereits bei sechs europäischen Industrieinitiativen in den Bereichen Windenergie, Sonnenenergie, Bioenergie, CO₂-Abscheidung und -Speicherung, intelligente Stromversorgungsnetze und Kernspaltung zusammen.

Die Förderung von Energieeffizienz und grünen Produkten zählt zu den Schlüsselzielen des Europäischen Konjunkturprogramms, das die Antwort der EU auf die Wirtschaftskrise umreißt und uns den Weg zu einer kreativen, wissensbasierten Wirtschaft weist.

Die Kohäsionspolitik investiert 105 Milliarden € in:

- Forschung, Technologie und Öko-Innovation, einschließlich Fördermittel für KMU (3 Millionen €);
- eine kohlenstoffarme Wirtschaft, darunter in den Bereichen nachhaltiger Verkehr und Energie (48 Milliarden €);
- und hilft allen EU-Ländern, die Umweltvorschriften einzuhalten (54 Milliarden €, davon 28 Milliarden € für Abfall- und Wasserbewirtschaftung).

Energieversorgung für ein neues Jahrhundert

Wir müssen nicht von der Energie abhängig bleiben, die uns in der Vergangenheit mit Strom versorgt hat. Die ungarische Stadt **Kistelek** hat knapp 1,6 Millionen € (2004–2006) aus dem Fonds für regionale Entwicklung erhalten, um **geothermische Energie** zu erschließen. Dadurch können nun acht öffentliche Einrichtungen mit dieser Energieform, die billiger als das bisher genutzte Gas ist, versorgt werden. Das Projekt dient auch als bewährtes Beispiel für andere lokale Regierungen, die die Einrichtung ähnlicher Systeme in Betracht ziehen.

Der Betrieb des Systems muss nur in geringem Umfang überwacht werden. Außerdem war es möglich, die veralteten Gasheizungen durch eine billigere, umweltfreundliche Technologie zu ersetzen, wodurch beim Heizen der betreffenden Institutionen fast 10 % eingespart werden können, während Schadstoffemissionen in der Region reduziert werden konnten.

In **Brandenburg**, Deutschland, wurden Fördermittel von fast 8 Millionen € für den Bau einer Fabrik für **Odersun** bereitgestellt. Das Unternehmen stellt **Solarzellen** her, die heute unter anderem auch den Pekinger Olympiapark mit Strom versorgen. Das Unternehmen ist auf Dünnschichtsolarzellen auf Kupferband spezialisiert. Dank der Flexibilität, die das Design und die Anwendungen bieten, kann die Fotovoltaik auf vielfältige Weise eingesetzt werden, und das bedeutet auch mehr Anwendungsbereiche für die Sonnenenergie.

Anpassung an den Klimawandel

Obwohl bereits Maßnahmen ergriffen und Fördermittel eingesetzt wurden, um die Treibhausgasemissionen zu senken, wurden in der Vergangenheit bereits so viel Treibhausgase ausgestoßen, dass sie unser Klima weitgehend beeinflussen. Im April 2009 legte die Kommission ein Weißbuch zur Anpassung an den Klimawandel vor, um auf den Weg aufmerksam zu machen, der gegangen werden muss, um die EU für die Auswirkungen des Klimawandels weniger anfällig zu machen. Da viele Auswirkungen von geografischen Gegebenheiten abhängen, müssen die Anpassungsmaßnahmen oftmals auf nationaler oder regionaler Ebene ergriffen werden.

Die am stärksten betroffenen Regionen in der EU liegen in Südeuropa, im Mittelmeerraum, an den äußersten Grenzen der EU und in der Arktis. Überschwemmungsgebiete, Gletscher, Inseln und Küstengebiete stehen ebenfalls besonderen Problemen gegenüber.

Menschen und Organisationen, die normalerweise nicht miteinander arbeiten würden, werden durch die finanzielle Unterstützung im Rahmen der EU-Regionalpolitik zusammengebracht, wodurch grenzüberschreitende, transnationale und interregionale Zusammenarbeitsformen entstehen. Überschwemmungen, Waldbrände und andere durch den Klimawandel ausgelöste Katastrophen machen nicht an den Grenzen halt. Durch die Regionalpolitik wird hier ein spezieller Mehrwert geschaffen.



Verstehen, wie der Klimawandel vorausberechnet wird

Richtige Informationen über die wahrscheinlichen Folgen der extremen Wetterereignisse sind von wesentlicher Bedeutung, wenn wir uns auf deren Auswirkungen vorbereiten wollen. Glücklicherweise macht die Forschung auf diesem Gebiet immer mehr Fortschritte. Im Folgenden eine Darlegung dreier Szenarien, die am häufigsten vorgebracht werden:

Bei Szenarium A1 machen wir weiter „wie gehabt“. Wir stellen schnelle Innovationen und einen hohen Kapitalumschlag in den Mittelpunkt unserer Bemühungen, lassen aber die Nachhaltigkeit fast völlig außer Acht – das wäre das schlimmste Szenarium.

Szenarium B2 ist der umgekehrte Fall. Wir ergreifen Maßnahmen, um die Belange, die wir zum Ausdruck bringen, in die Tat umzusetzen und entwickeln uns zu einer kohlenstoffarmen, nachhaltigen Kultur – das wäre das beste Szenarium.

Szenarium A2 beschreibt den Fall, auf den die europäische Forschung am häufigsten zurückgreift: eine Welt, in der wir uns noch immer auf den freien Handel konzentrieren, aber gleichzeitig daran arbeiten, eine nachhaltige Gesellschaft zu werden – das wäre der Mittelweg.

Uns bleibt nur die Anpassung

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sehen wir zum ersten Mal, dass die Art und Weise, in der wir die Ressourcen der Erde nutzen, grundlegende negative Auswirkungen auf die physikalischen Zyklen des Planeten hat – der Wasser-, Stickstoff- und Sauerstoffkreislauf und vor allem der Kohlenstoffkreislauf werden von den 6 Milliarden Menschen beeinträchtigt, die heute auf der Erde leben.

Der Klimawandel wird sich auf jeden von uns auswirken und auch auf die Spezies, mit denen wir unseren Planeten teilen. Im Folgenden nur drei von vielen Schlüsselbereichen, die durch den Klimawandel wesentlich beeinflusst werden, sowie einige der Maßnahmen, die EU und Regionalpolitik ergreifen, um den Europäern zu helfen, sich an diese Auswirkungen anzupassen:

WASSER

Es wird vorausgesagt, dass der Klimawandel weitgehende Auswirkungen auf die Verfügbarkeit des Wassers in Europa haben wird, wobei insbesondere in Südeuropa das Wasser knapp werden wird. Das Risiko von Überschwemmungen wird dagegen auf dem ganzen Kontinent zunehmen.

In Europa sind bislang mindestens 11 % der Bevölkerung und 17 % der Fläche von Wasserknappheit betroffen. Die jüngsten Entwicklungen zeigen, dass die Wasserknappheit in ganz Europa merklich ansteigt.

Seit 1998 haben die Hochwasserereignisse in Europa etwa 700 Menschenleben gefordert, etwa eine halbe Million Menschen haben ihr Zuhause verloren, und es wurden rund 25 Milliarden € an versicherten Schäden verursacht. Die wirtschaftlichen Kosten, die durch Überschwemmungen in Küstengebieten verursacht werden, werden ausgehend von einem Szenarium, bei dem der Meeresspiegel um 50 cm ansteigt, auf 18 Milliarden € geschätzt, jedoch könnten die finanziellen Folgen durch Anpassungsmaßnahmen erheblich reduziert werden, um jährlich bis zu 1 Milliarde €.

Die Anpassungsstrategien werden vom Umfang einzelstaatlicher und europäischer Wasservorschriften, aber auch davon abhängen, wie die Wasserbewirtschaftung in andere politische Bereiche wie Landwirtschaft und Energie eingebunden werden kann. In die Wasser- und Raumordnungspolitik müssen kurzfristige Maßnahmen integriert werden. Daneben wird die EU den

Austausch von Informationen, Anreize für den privaten Sektor und öffentliche Investitionen fördern.

Ein Beispiel dafür, wie wichtig der Einsatz regionaler Fördermittel vor Ort ist, ist das transnationale „Danube Flood Risk“-Zusammenarbeitsprojekt zur Verminderung des Überschwemmungsrisikos durch die Donau, das Teil des Programms für die transnationale Zusammenarbeit im Gebiet „Südosteuropa“ (SOE) ausmacht und bei dem Wissenschaftler, Bedienstete des öffentlichen Dienstes, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen und andere Interessierte gemeinsam ein System mit Hochwasserrisikokarten für die Überschwemmungsgebiete des Flusses entwickeln. Das Projekt ist ein Beweis dafür, wie regionale Fördermittel der internationalen Zusammenarbeit einen Impuls verleihen können. Das Gesamtbudget beträgt 6,5 Millionen €, davon sind 5,1 Millionen € eine Zuwendung aus dem EFRE.

ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT

Der Klimawandel hat weitreichende Auswirkungen auf die öffentliche Gesundheit. Dazu tragen verschiedene Faktoren bei, deren Einfluss durch den demografischen Wandel hin zu einer alternden Bevölkerung noch verstärkt wird.

Erstens hitzebedingte Todesfälle. Steigen die Temperaturen um 2 °C an, könnte sich die Zahl der hitzebedingten Todesfälle in städtischen Gebieten um das Zwei- oder Dreifache erhöhen. Wenn wir weiterhin am freien Handel festhalten, jedoch auch der Nachhaltigkeit ein wenig Rechnung tragen, könnten die hitzebedingten Todesfälle bis 2100 um jährlich 100 000 ansteigen. Ziehen wir den Rückgang an kältebedingten Todesfällen in die Berechnung mit ein, kämen wir auf 86 000 zusätzliche Todesfälle pro Jahr.

Zweitens Wasserverfügbarkeit und -qualität. Bis 2070 könnten zwischen 16 und 44 Millionen Menschen von Wasserstress betroffen sein.

Drittens eine Vermehrung von Krankheiten, welche durch Lebensmittel oder Tiere ausgelöst werden, die Krankheiten in zuvor noch nicht betroffene Regionen einschleppen. Krankheiten, die gewöhnlich mit den wärmeren Regionen Nordafrikas oder den südlichsten Teilen Europas in Verbindung gebracht werden, treten nun ihren Vormarsch an. Die ersten erkennbaren Veränderungen in der menschlichen Gesundheit sind auf die sich wandelnden geografischen (Länge und Breite) und saisonalen Gegebenheiten einiger Infektionskrankheiten zurückzuführen – darunter vektorübertragene Infektionskrankheiten wie Malaria oder Dengue-Fieber sowie durch Lebensmittel übertragene Infektionen (z. B. Salmonellose), die in wärmeren Monaten am häufigsten auftreten.

Und schließlich die Qualität der Infrastruktur im Gesundheitsbereich, die in der EU unausgewogen ist. In den EU-Ländern des Mittelmeerraums steht pro 2 000 Einwohner die niedrigste Anzahl Krankenhausbetten zur Verfügung, und doch sind dort die durch den Klimawandel bedingten Gesundheitsrisiken am höchsten.

WALDBRÄNDE

Im Sommer 2003 und 2004 wüteten in Spanien, Portugal, Frankreich, Italien und Griechenland schwere Waldbrände. Der Grund für die erhöhte Waldbrandgefahr ist ein komplexes Gefüge aus Zersiedlung, unzureichend kontrollierter Entwicklung des ländlichen Raums, schlecht bewirtschafteten Wäldern und einem Anstieg der Besucherzahlen in gefährdeten Gebieten.

Denkt man außerdem an den Klimawandel und dessen Auswirkungen – heißere und trockenere Monate – dann steht außer Frage, dass Anpassungsstrategien, die auch eine Förderung der Artenvielfalt in den verschiedenen Regionen umfassen, dringend erforderlich sind.



Womit haben wir es zu tun?

Modellergebnisse zeigen, dass die europäische Jahresdurchschnittstemperatur stärker als die globale Durchschnittstemperatur ansteigen könnte. Es wird davon ausgegangen, dass für das Szenarium A2 die Jahresdurchschnittstemperatur in Europa bis Ende dieses Jahrhunderts um 2,5–5,5 °C und für das Szenarium B2 um 1–4 °C steigen wird. In einigen Regionen kann der Temperaturanstieg jedoch unter oder über dem Durchschnitt liegen.

Bei Szenarium A2 wird in einigen europäischen Regionen der Temperaturanstieg nur 2 °C betragen, in anderen Regionen jedoch mehr als 7 °C. Südeuropa wird die am meisten betroffene Region sein. Hier wird sich die durchschnittliche Temperatur um zwischen 3 °C und über 7 °C erhöhen, im Sommer sogar um noch höhere Temperaturwerte. Nordeuropa wird, abhängig vom Szenarium und der Region, einen Temperaturanstieg von unter 2 °C bis 4 °C erfahren. Die Winter werden dort nicht mehr so kalt sein. Die Temperaturextreme werden im Winter abnehmen, im Sommer jedoch zunehmen.

Zu den Maßnahmen zur Anpassung an die Waldbrandgefahr muss auch die Sensibilisierung der Öffentlichkeit gehören. Ein Projekt, das darauf abzielte, die Öffentlichkeit zu informieren und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Brandgefahr zu untersuchen, trug den durchaus treffenden Namen INCENDI, dem über 4 Millionen € aus dem Regionalentwicklungsfonds bereitgestellt wurden. Im Rahmen dieses Projekts für Hochrisikogebiete aus dem Europa-Mittelmeerraum wurde die Prüfung und Verbesserung regionaler Maßnahmen zur Bekämpfung von Waldbränden unterstützt und der Grundstein für eine zukünftige Politik für alle Mittelmeerländer gelegt.

Viele europäische Grenzregionen haben vereinbart, grenzüberschreitende Notfallpläne zu erarbeiten und teure Brandbekämpfungs- und Rettungsausrüstung, die bei Waldbränden und Überschwemmungen eingesetzt werden, gemeinsam zu nutzen. INTERREG und die Programme zur europäischen territorialen Zusammenarbeit spielen bei diesem Prozess eine wichtige Katalysatorrolle.

Die EU ergreift Maßnahmen zur Reduzierung der Emissionen

Wir müssen heute einerseits eine Lösung für die Auswirkungen der Emissionen aus der Vergangenheit finden, jedoch andererseits auch alles daran setzen, um den aktuellen Ausstoß zu reduzieren. Das Emissionsniveau ist der Schlüsselfaktor, wenn es darum geht, die globale Erwärmung im Rahmen zu halten und die Auswirkungen der oben angesprochenen Missstände zu vermindern.

Das Energie- und Klimapakett spiegelt die ehrgeizigen Ziele der EU im Hinblick auf eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen wider. Im Paket, das im Dezember 2008 vereinbart wurde, verpflichtet sich die EU, ihre Treibhausgasemissionen im Vergleich zu den Werten von 1990 um 20 % zu senken, den Energieanteil aus erneuerbaren Energien von heute 8 % auf 20 % zu erhöhen und die Energieeffizienz um 20 % zu steigern, was eine Reduzierung des Stromverbrauchs um 13 % im Vergleich zu 2006 bedeutet. Alle diese Ziele sollen bis 2020 erreicht werden.

Im Mittelpunkt dieses Paketts steht die Erkenntnis, dass Energie- und Klimapolitik Hand in Hand



gehen müssen. In der Vereinbarung wird ferner auf die Notwendigkeit aufmerksam gemacht, „maßgebliche und sofortige“ Maßnahmen gegen den Klimawandel zu ergreifen, und es wird betont, wie „wichtig die Erreichung des strategischen Ziels, die durchschnittliche globale Erderwärmung auf nicht mehr als 2 °C über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen“, ist.

Welcher Weg zwischen 2012 und 2020 zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes eingeschlagen werden soll, wurde in einem neuen Vorschlag definiert, der dem Emissionshandelssystem, bei dem die Unternehmen Zertifikate erwerben müssen, um CO₂ ausstoßen zu können, eine stabilere Grundlage verleiht und ihn transparenter gestaltet. Parallel dazu wurde die neue Richtlinie über erneuerbare Energie verabschiedet, durch die gesetzlich vorgeschrieben wird, dass bis 2020 der Anteil der erneuerbaren Energien am EU-Energiemix 20 % sowie der Anteil der Biokraftstoffe an Kraftstoffen für den Verkehr 10 % betragen muss.

Was wird vor Ort unternommen?

Während die Politiker den Weg ebnen, Ziele festsetzen, ersinnen, wie diese Ziele erreicht werden können, und den Wandel finanzieren, müssen wir unseren Lebensstil grundlegend ändern, damit die notwendige Reduzierung auch wirklich erreicht werden kann.

In ganz Europa wird den Menschen bewusst, dass sie jetzt oder nie handeln müssen. Städteplaner entwerfen „grüne Städte“, die mit dem European Green Capital Award ausgezeichnet werden. Stockholm, das sich bis 2050 ganz von fossilen Brennstoffen lossagen möchte, und Hamburg, das sich zum Ziel gesetzt hat, ebenfalls bis 2050 seine Emissionen um 80 % zu senken, gehören zu den stolzen Preisträgern.

Im Osten Englands begleitet das Thema „kohlenstoffarmes Wirtschaftswachstum“ das regionale Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung auf seiner ganzen Breite. Die Region ist sich des Potenzials des Programms, ein Vorreiter für Design und Innovation zu sein, voll und ganz bewusst. Es umfasst die Entwicklung neuer Wege, um der Verpflichtung, den CO₂-Ausstoß zu senken, gerecht zu werden, von Initiativen zur Reduzierung des Kohlenstoffs bis hin zur Förderung von Sektoren, in denen saubere Technologien und erneuerbare Energien im Zentrum der Bemühungen stehen. Insgesamt 73 Millionen € wurden aus regionalen Fonds für dieses Programm zur Verfügung gestellt.

Der „Covenant of Mayors“ (Konvent der BürgermeisterInnen) möchte über das ehrgeizige Ziel des Energiepakets noch hinausgehen. 80 % der Bevölkerung leben in Städten, und hier werden auch 80 % der Energie verbraucht. Da der Konvent der Auffassung ist, dass den lokalen Behörden bei der Abschwächung des Klimawandels eine zentrale Rolle zukommt, entwickelt er konkrete Projekte, um den Städten dabei zu helfen, durch eine bessere Energieeffizienz und die Herstellung und Nutzung sauberer Energieformen den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Städte, die sich diesen Projekten anschließen, stimmen einer Überwachung ihres Handelns zu und erklären sich bereit, ihren Kollegen über ihre Fortschritte Bericht zu erstatten. Von Argentinien bis in die Ukraine unternehmen die städtischen Behörden Anstrengungen, um ihre Bürger davon zu überzeugen, ihren Lebensstil zu ändern.



JEREMY RIFKIN

Berater für die EU und Vorsitzender des „Third Industrial Revolution Global CEO Business Roundtable“.



„Global denken – lokal handeln“: Welche strategischen Veränderungen muss der öffentliche Sektor vornehmen, um in einer Welt mit beschränkten natürlichen Ressourcen eine nachhaltigere Form der Entwicklung zu fördern und sicherzustellen?

Das Motto „Global denken – lokal handeln“ war nie so wichtig wie heute. Wir stehen drei neuen Herausforderungen gegenüber: Die Zweite Industrielle Revolution, auf der unsere Wirtschaft basiert, ist im Zusammenbruch begriffen. Das Zeitalter der fossilen Brennstoffe neigt sich seinem Ende zu, und eine sich in Echtzeit zeigende Auswirkung des Klimawandels auf die Landwirtschaft ist, dass Milliarden von Menschen hungern müssen. Die Kreditkrise ist nur ein Indikator dafür, dass das derzeitige Wirtschaftsmodell nicht mehr tragbar ist. Brauchen Sie noch weitere Beweise? Dann überlegen Sie nur, was passieren würde, wenn der Rohölpreis 147 US-\$ überstiege: Die gesamte Wirtschaft käme zum Erliegen. Wir benötigen einen neuen wirtschaftlichen Ansatz und eine Strategie, die effizient genug sind, um diese dreifache Bedrohung anzugehen.

Die EU hat sich dem ehrgeizigen, schadensbegrenzenden Ziel von 400-450 Teilen pro Million Volumenanteil (ppmv) verschrieben. Sie geht dabei davon aus, dass, wenn sich die ganze Welt diesem Ziel anschließt, die Temperatur nur um etwa 2 °C steigen wird. Jedoch zeigen die neuesten Daten, dass dies übertrieben optimistisch ist und dass die Temperatur eher um bis zu 6 °C zunehmen wird. Dieser Temperaturanstieg würde das Ende unserer Spezies im nächsten Jahrhundert einleiten.

Hauptverantwortlich für die Kohlenstoffemissionen sind die Gebäude. Das muss sich ändern – jedes Gebäude muss seinen eigenen Strom erzeugen. Jeder Quadratmeter dieses Planeten stellt eine Quelle für erneuerbare Energie dar: Sonnen- und Windenergie, geothermische Energie, Wärmeerzeugung durch die Verbrennung von Abfall, Stromgewinnung aus der Gezeitenströmung und Wasserkraft, um nur einige zu nennen. Außerdem verfügen wir mittlerweile über die notwendigen Technologien, um den Energieüberschuss zu speichern und die Versorgung konstant zu halten. Und wir haben das Beispiel eines verteilten Netzsystems für das Internet und die damit verbundenen Computer. Für ein vollständig verteiltes System bestehen keine Hindernisse mehr.

Wir leiten Revolutionen ein, wenn wir neue Energieformen mit neuen Kommunikationsmethoden verbinden: Das Schreiben wurde entwickelt, als wir uns der Landwirtschaft verschrieben. Als wir den Dampfantrieb entdeckten, begannen wir mit der Druckkunst. Als wir zu zentralisierten Energiequellen in Form von fossilen Brennstoffen und Uran übergangen, traten auch die zentralisierten Kommunikationsformen wie Telefon und Fax, hinter denen sich Telekommunikationsgiganten verbargen, zutage. Doch jetzt verfügen wir über Internet, und den Menschen wird nun wirklich die Möglichkeit geboten, global zu denken und lokal zu handeln. Eine Milliarde Menschen handeln lokal, wenn sie mit Freunden auf der anderen Seite des Planeten in Kontakt treten. Worauf wir also jetzt blicken, ist verteilte Energie, die sich gleichzeitig mit verteilten Kommunikationsformen entwickelt – die Dritte Industrielle Revolution und der einzige Ausweg aus der Situation, in der wir uns derzeit befinden.

Wenn Sie in Bezug auf unsere derzeitige Vorgehensweise eine globale Veränderung bewirken könnten, was würden Sie machen?

Etwas, was sofort getan werden muss, ist, private Unternehmen mit öffentlichen Geldern zu unterstützen, damit ein neuer wirtschaftlicher Ansatz geschaffen wird – eine kohärente Strategie zur Schaffung einer neuen wirtschaftlichen Infrastruktur zur Verteilung von Energie.

Die unternehmerischen Möglichkeiten sind beträchtlich. Beim Bau neuer Gebäude, in den Wasserstoffspeichereinrichtungen und bei der Entwicklung der neuen Verbundsysteme des 21. Jahrhunderts warten zahlreiche Arbeitsplätze nur darauf, geschaffen zu werden. Auch der Transportsektor folgt dieser Entwicklung. Die größeren Automobilbauer handeln bereits Verträge mit Energieversorgungsunternehmen aus, weil damit gerechnet wird, dass 2014 die ersten Strom betriebenen Autos auf den Markt kommen. Das Ladegerät einfach zu Hause in die Steckdose stecken und das Auto mit Strom, der in Ihrem eigenen Haus erzeugt wird, laden, und Sie sind starkklar. Und obendrein können Sie auch die Energie verwenden, die in anderen Häusern, die auf Ihrem Weg liegen, im Überschuss erzeugt wird. Kluge Energieversorgung, lokale Energieerzeugung. Die Milliarden kleinen Generatoren, die an ein dezentralisiertes Verbundsystem angeschlossen sind, erzeugen erheblich mehr Strom als die knarrenden alten Kraftwerke, aufgrund deren wir nahezu vom Aussterben bedroht sind.

Und hier können die Entwicklungsländer endlich einmal als wahre Gewinner hervorgehen, denn sie haben die Sonnenenergie oftmals vor der Haustür, und 30 % sind an kein Netz angeschlossen. Deshalb muss nicht erst das Rad neu erfunden werden. Sie sind in der besten Position, um neue, saubere Technologien zu übernehmen und dabei Nord-Süd-Partnerschaften einzugehen.

Ist noch Zeit dazu?

Ich weiß nicht, ob wir schnell genug handeln werden. Das menschliche Bewusstsein muss sich ändern. Es muss die Dinge nicht mehr aus geopolitischer, sondern aus biosphärischer Sicht wahrnehmen. Das Zeitalter der Aufklärung fand in den meisten europäischen Ländern beim Übergang vom Mittelalter zur Industrialisierung statt. Wir benötigen jetzt eine neue philosophische Grundlage. Wenn die Kommunikations- und Energiemodelle sich gleichzeitig ändern, entwickelt sich ein Katalysator für ein neues Bewusstsein, und für diejenigen, die mit Internet aufgewachsen sind, ist die Welt ein vernetztes Dorf. Wir leben auf einem Planeten, auf dem sich die verschiedenen Zivilisationen erheblich voneinander unterscheiden, doch was uns gemein ist, ist die Biosphäre.

Was wir brauchen, ist eine hybride wirtschaftliche Vision, die auf den Informationstechnologiesystemen des 21. Jahrhunderts basiert. Um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen, müssen die Regierungen sich verpflichten, Finanzkapital zu investieren. Gleichzeitig muss sich jedoch die Gesellschaft verpflichten, in Sozialkapital zu investieren. Und damit muss jetzt begonnen werden.

CHITRA NADARAJAH

Chitra Nadarajah, leitende Umweltbeauftragte beim Hampshire County Council



Chitra Nadarajah, leitende Umweltbeauftragte beim Hampshire County Council, war vorher Project Manager des Projekts ESPACE, eines bahnbrechenden fünfjährigen INTERREG-Projekts über Raumplanung und Anpassung.

„Global denken, lokal handeln“: Welche strategischen Änderungen müssen die Behörden vorantreiben, um für eine nachhaltigere Form der Entwicklung in einer Welt mit begrenzten natürlichen Ressourcen zu sorgen?

Die Behörden sind für die Raumplanung auf verschiedenen Ebenen, von der nationalen bis zur lokalen, verantwortlich. Raumplanung spielt eine wesentliche Rolle, wenn es darum geht, widersprüchliche Erwartungen hinsichtlich der Art und Weise, wie unser Land und unsere natürlichen Ressourcen verwaltet und genutzt werden, in Einklang zu bringen. Sowohl das Land als auch die Ressourcen werden von verschiedenen Faktoren unter Druck gesetzt, beispielsweise von der raschen wirtschaftlichen Entwicklung, dem Bevölkerungswachstum und seit Kurzem vom Klimawandel. Wir müssen heute damit beginnen, uns auf diese sich ändernden Bedingungen einzustellen, um sicherzugehen, dass unsere sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Systeme optimal für die unvermeidlichen Auswirkungen des Klimawandels gerüstet sind. Am wichtigsten ist diese Anpassung auf der lokalen Ebene. Aus diesem Grund sind lokale Behörden in einer guten Position, um als Gemeinschaftsführer aufzutreten und sich für Klimaschutzpolitiken und -maßnahmen auf lokaler Ebene einzusetzen.

Eine Gruppe transnationaler Partner, die sich der entscheidenden Rolle der Raumplanung bewusst waren, hat sich zur Umsetzung eines bahnbrechenden Fünfjahresprojekts – ESPACE (European Spatial Planning: Adapting to Climate Events) – zusammengeschlossen, das vom INTERREG-III B-Programm Nordwesteuropa der Europäischen Kommission, der ESPACE-

Partnerschaft und dem Department for Communities and Local Government finanziert wird.

ESPACE hat Empfehlungen abgegeben, wie sich die Anpassung an den Klimawandel in Raumplanungspolitiken, -prozesse und -methoden einbeziehen lässt, und so die Philosophie und Praxis im Bereich der Raumplanung beeinflusst. Die endgültige Projektstrategie, „Planung in einem sich verändernden Klima“, beinhaltet 14 Empfehlungen zur Integration des Klimawandels in die Raumplanung. Hier die drei wichtigsten Prinzipien der Strategie:

- den Klimawandel zu einem Kernziel der Raumplanung machen;
- über die Laufzeit Ihres Plans hinweg Ihre Klimarisiken begreifen;
- bei der Einbeziehung der Anpassung in die Raumplanung Ansätze zur Bewältigung des Wandels und Risiko -managementkonzepte kombinieren.

Wenn Sie eine einzige, weltweite Veränderung an unserer derzeitigen Vorgehensweise vornehmen könnten, was würden Sie tun?

Auch wenn die Anpassung eine kritische Komponente der Antwort auf den Klimawandel ist, wird es immer schwieriger und untragbarer werden, sich an den Klimawandel anzupassen, da die Auswirkungen sich unaufhaltsam verschlimmern. Es ist daher entscheidend, dass die Reduzierung der Treibhausgasemissionen eine Schlüsselpriorität ist. Aus diesem Grund würde ich als erstes für politische Unterstützung für die Entwicklung und das Mainstreaming von Technologien mit niedrigem CO₂-Ausstoß sorgen. Ohne eine starke Regierungspolitik, Führerschaft, Unterstützung und Finanzierung wird der Umschwung zu CO₂-armen Technologien nicht schnell genug stattfinden, um die Risiken des Klimawandels zu verringern. Im Übrigen ist es unwahrscheinlich, dass Technologien mit geringem CO₂-Ausstoß ohne Eingreifen der Regierung innerhalb der nötigen Zeitrahmen kommerziell rentabel werden.

Welchen Beitrag kann eine Verhaltensänderung Ihrer Meinung nach als Reaktion auf den Klimawandel leisten?

Ein geändertes Verhalten ist eine kritische Komponente der Reaktion auf den Klimawandel, aber es muss gefördert, unterstützt und reguliert werden. Beispielsweise muss der Wechsel von der Nutzung des Privatwagens zum öffentlichen Verkehr durch eine gute öffentliche Verkehrsinfrastruktur unterstützt werden, die sowohl kostenwirksam als auch effizient ist (u. a. gute geografische Abdeckung, gute Verbindungen zwischen verschiedenen Verkehrsformen, nicht zu viel Zeitaufwand). Im Übrigen glaube ich nicht, dass eine weit genug reichende Verhaltensänderung stattfinden wird, wenn sie nicht gleichzeitig durch gewisse Ermutigungen und Vorschriften vorangetrieben wird, etwa durch Steueranreize, Strafmaßnahmen und neue Tarifstrukturen.



ALAIN HUBERT

Präsident und Mitbegründer der Internationalen Polarstiftung (IPF) und Initiator des Projekts „Princess Elisabeth Station“ in der Antarktis.



„Global denken, lokal handeln“: Welche strategischen Änderungen müssen die Behörden vorantreiben, um für eine nachhaltigere Form der Entwicklung in einer Welt mit begrenzten natürlichen Ressourcen zu sorgen?

Damit auf der lokalen Ebene Maßnahmen ergriffen werden können, sollten die Behörden als Erstes den Regionen und Städten mehr Befugnisse, Mittel und Unabhängigkeit geben, da dort die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt. Im Kampf um Nachhaltigkeit stehen Städte fraglos an vorderster Front.

In den Städten der Industrieländer sind Energieverbrauch und Energieerzeugung große Herausforderungen. Die Städte der Entwicklungsländer müssen sich hingegen an ein rasches städtisches Wachstum anpassen, die Luftverschmutzung in den Griff bekommen, wichtige Infrastrukturen errichten und die unzureichenden sanitären Einrichtungen verbessern.

Die Behörden müssen den städtischen Behörden Mittel zur Verfügung stellen, um im kommenden Jahrzehnt konkrete Ziele zu erreichen. Die Bewohner der Industrieländer, die für einen Großteil der globalen Erwärmung verantwortlich sind, müssen sich bewusst werden, dass die Durchführung von Maßnahmen bedeutet, an einer neuen wirtschaftlichen und sozialen Dynamik teilzunehmen. Die Industrieländer müssen handeln und die Länder der Entwicklungswelt unterstützen, ohne von ihnen zu erwarten, dass sie den gleichen Weg gehen.

Wir dürfen nicht vergessen, dass es keine globale langfristige Lösung ohne eine grundlegende Veränderung unserer Gewohnheiten in Sachen Energieverbrauch gibt und dass sich eine langfristige Veränderung des Verhaltens nur durch Erziehung und positive Kampagnen erzielen lässt, und das beginnt auf der lokalen Ebene.

Wenn Sie heute eine Exekutiventscheidung treffen könnten, welche Vorschrift würden Sie als Erstes erlassen?

Wenn die Europäische Union ein Beispiel geben will, muss sie das Ziel verfolgen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 80 % zu verringern. Europa hat alle Mittel in der Hand, um eine grüne industrielle Revolution in Gang zu bringen, von den verfügbaren Technologien bis zu einer dafür aufgeschlossenen öffentlichen Meinung.

Um diese Ziele zu erreichen, werden nicht nur Begrenzungen und Handel benötigt, sondern echte positive und negative Anreize, die man nicht umgehen kann: schrittweise höhere Steuern für Kohlendioxidemissionen einführen und gleichzeitig durch gezielte Forschungsbeihilfen und Zuschüsse für Hauseigentümer vermehrt alternative Initiativen fördern.

„Europa hat alle Mittel in der Hand, um eine grüne industrielle Revolution in Gang zu bringen, von den verfügbaren Technologien bis zu einer dafür aufgeschlossenen öffentlichen Meinung.“

Wir brauchen zudem Öko-Anreize, um Investitionen in grüne Unternehmen zu unterstützen. Um den Wandel voranzutreiben, müssen wir institutionelle Anleger erreichen und nicht nur die Leiter von Unternehmen, die, selbst wenn sie eine Vision haben und handeln wollen, auch Gewinne für ihre Aktionäre erzielen müssen.

Im März 2009 wurde die Forschungsstation Princess Elisabeth in der Antarktis eingeweiht. Warum war es für die Internationale Polarstiftung (IPF) wichtig, sich für eine nachhaltige Entwicklung in der so fernen Antarktis zu entscheiden?

Die Untersuchung der Polarregionen ist ein Schlüssel zum besseren Verständnis des Klimasystems unserer Erde.

Die Station, die grüne Technologien einsetzt, arbeitet mit erneuerbaren Energiequellen, Methoden des passiven Wohnens, einem umfassenden Wasseraufbereitungssystem und einem Smart Grid, um ihren Energieverbrauch zu reduzieren und das Nullemissionsziel zu erreichen. Entsprechend dem Madrider Protokoll minimieren wir die Auswirkungen auf die Umwelt, indem wir sauberere Energie benutzen – sauberer für uns und unseren Planeten.

Dadurch, dass wir uns für diesen Ansatz entschieden haben, haben wir gezeigt, dass wir mit dem Ehrgeiz, der Beharrlichkeit und dem Know-how unserer Gesellschaften in der Lage sind, angemessen zu reagieren und der Klimaherausforderung konstruktiv entgegenzutreten. Wenn es im extremen Klima der Antarktis möglich ist, Nullemissionen anzustreben, dann sollte es anderswo auf der Welt auch möglich sein.



Dr. JÜRGEN KROPP

Leiter des 30 Wissenschaftler umfassenden Nord-Süd-Projekts am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, das darauf hin arbeitet, Anpassung, Milderung und nachhaltige Entwicklung miteinander in Einklang zu bringen.



„Global denken, lokal handeln“: Welche strategischen Änderungen müssen die Behörden vorantreiben, um für eine nachhaltigere Form der Entwicklung in einer Welt mit begrenzten natürlichen Ressourcen zu sorgen?

Offen und kurz gesagt: Wir brauchen eine neue Art der Entscheidungsfindung. Diese sollte eine strategische Umweltbewertung beinhalten, bei der die langfristigen Aspekte politischer Entscheidungen und des Klimawandels und Denkens im breiten Sinne und nicht in genau angegebenen Zahlen berücksichtigt werden.

Der aktuelle Stil der Entscheidungsfindung basiert, zumindest sieht es so aus, auf eindeutigen quantitativen Feststellungen. Angesichts der Komplexität der Natur und Umwelt muss akzeptiert werden, dass man möglicherweise nur mit schwachen und „weichen“ Prognosen arbeiten müssen.

Der Klimawandel wird die Lebensbedingungen in zahlreichen Regionen weltweit beschränken. Das Ausmaß der Herausforderung wird anhand eines einfachen Beispiels klar: Am Ende der letzten Eiszeit, vor etwa 18 000 Jahren, ist die globale Durchschnittstemperatur im Laufe von 5 000 Jahren um ungefähr 8 °C gestiegen. Und jetzt stellt sich das Worst-Case-Szenario so dar, dass die Temperatur in nur 100 Jahren um bis zu 5-6 °C steigen könnte – also mindestens 25-mal schneller als die letzte große Erwärmung. Die Frage ist, ob unsere stark diversifizierten Gesellschaften, unsere Infrastruktur, die Landwirtschaft oder unsere Ökosysteme in der Lage sind, die negativen Auswirkungen einer solch raschen Veränderung zu bewältigen. Wir müssen für die Dinge, die auf uns zukommen, unbedingt gewappnet sein.

Wenn Sie in der Lage wären, heute eine Exekutiventscheidung zu treffen, welche Vorschrift würden Sie als Erstes erlassen?

Ich würde generell vorschlagen, die politische Entscheidungsfindung und Planung dynamischer zu gestalten. Derzeit ist die Entscheidungsfindung zu statisch, um angemessen auf Klimakatastrophen zu reagieren. So werden beispielsweise Siedlungen in den gleichen gefährdeten Gebieten neu errichtet, oft nur deshalb, weil rechtsverbindliche Entwicklungspläne existieren, die sich nicht so einfach ändern lassen. Hier brauchen wir einen Paradigmenwandel, z. B. die Entwicklung kompensatorischer Elemente, die es möglich machen, Siedlungen oder Industrien aus gefährdeten in sicherere Regionen zu verlegen.

Wenn ich für Energie zuständig wäre, würde ich auf jeden Fall dafür sorgen, dass Übergangstrategien angewendet werden, die einer nachhaltigen Produktion den Weg bereiten. Es muss klar sein, dass die Emissionen von heute die Probleme von morgen sind.

Wenn ich für Entwicklungsfragen zuständig wäre, würde ich gern sicherstellen, dass Entwicklungsländer einen fairen Zugang zu nachhaltigen Technologien haben.

Wenn ich für Regionalplanung zuständig wäre, würde ich eine Infrastruktur empfehlen, die die gemeinsame Nutzung und den Austausch von Informationen fördert. Die verschiedenen Stakeholder haben oft ähnliche Probleme in Bezug auf den Klimawandel, aber sie tauschen ihre Erfahrungen und ihr Wissen nicht aus. Dies erzeugt Kosten für den Abgleich und die Interpretation von Daten, die erheblich reduziert werden könnten, z. B. durch eine Web-Plattform, die interpretier- und übertragbare Daten liefert.

Welche Hoffnungen haben Sie für das nächste Jahrzehnt im Hinblick auf den Klimawandel?

Auf jeden Fall, dass es uns gelingen wird zu vermeiden, hinter dem 2 °C-Ziel zurückzubleiben, und sichere Lebensbedingungen für alle zu garantieren. Dies ist kein einfaches Unterfangen, obwohl inzwischen rund 100 Länder das Ziel, den Temperaturanstieg bis Ende des 21. Jahrhunderts unter der 2 °C-Schwelle zu halten, akzeptieren. Dennoch bleibt nicht viel Zeit zum Handeln, da wir viele Probleme gleichzeitig lösen müssen.

Ein internationales Forschungsteam, dem auch Wissenschaftler unseres Instituts angehören, hat kürzlich erklärt, dass zwei Voraussetzungen erfüllt sein müssen, damit wir das 2 °C-Ziel nicht überschreiten: Wir müssen die Emissionen 2010 stabilisieren, und nach 2010 müssen wir sie um jährlich 2 % verringern. Das müsste zu schaffen sein, wenn die Konferenz von Kopenhagen den Auftrag dazu erteilt – und das hoffe ich sehr. Wenn es uns erst um das Jahr 2020 gelingt, die Emissionen zu stabilisieren, wäre bereits eine Reduzierung von 6 % pro Jahr erforderlich, damit wir unter dem 2 °C-Ziel bleiben – mehr als ein Kyoto-Protokoll pro Jahr.

Was die Rollen der verschiedenen Länder anbelangt, gebietet es die Fairness, die Pro-Kopf-Emissionen zu prüfen. Ein US-Bürger setzt etwa 24 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr frei, ein Chinese nur 4, ein Europäer 10-12, während ein Bewohner in den ärmsten, am wenigsten entwickelten Ländern lediglich auf rund 0,1 Tonne CO₂-Äquivalent kommt. Bis zum Jahr 2050 sollte eine Pro-Kopf-Emission von 2 Tonnen CO₂-Äquivalent pro Jahr erreicht werden. Aus den Zahlen geht klar hervor, wo man ansetzen muss.

Ich erwarte, dass die Regierungen ihre Verantwortung hinsichtlich dieser Fragen erfüllen und dass auf dem Kopenhagen-Gipfel später in diesem Jahr Fortschritte erzielt werden. Einen anderen Weg gibt es nicht – die Menschheit hat keine Alternative.

„ Ich erwarte, dass die Regierungen ihre Verantwortung hinsichtlich dieser Fragen erfüllen und dass auf dem Kopenhagen-Gipfel später in diesem Jahr Fortschritte erzielt werden. Einen anderen Weg gibt es nicht – die Menschheit hat keine Alternative. “



GÜSSING: WO GRÜNE TRÄUME SICH AUSZAHLEN

Innerhalb von 15 Jahren hat sich Güssing im Südosten Österreichs von einer im wirtschaftlichen Niedergang begriffenen Stadt zu einer florierenden zukunftsorientierten Gemeinde, die auf erneuerbare Energie setzt, gewandelt. Die burgenländische Bezirkshauptstadt ist mittlerweile in der Lage, sich mit Wärme und Strom selbst zu versorgen, und kann außerdem durch den Verkauf der überschüssigen Energie ihre Einnahmen steigern. 2005 beliefen sich diese auf 13 Millionen €. Spitzentechnologien und das Engagement der lokalen Behörden, insbesondere des Bürgermeisters Peter Vadasz, haben das Tempo des Wandels beschleunigt und Güssing in der ganzen Welt bekannt gemacht.

Programme für erneuerbare Energien in Güssing

Dauer 2000–2006

- 15,8 Millionen € aus dem EFRE
- 20,9 Millionen € von teilnehmenden Organisationen/ Behörden
- 5,1 Millionen € aus nationalen Fonds

Das Projekt BEn (Biomasse-Energiekataster für die nachhaltige Standortentwicklung europäischer Regionen) möchte lokalen Gemeinschaften helfen, ihre Energieversorgung mittels lokal verfügbarer Biomasseressourcen nachhaltig zu planen. Dieses Projekt wird zunächst in vier Modellregionen in Deutschland, Polen, Italien und im Vereinigten Königreich durchgeführt.

Die „Make It Be“-Initiative fördert in ganz Europa die Entwicklung integrierter Bioenergieketten. Hierbei soll vor allem das volle Potenzial der Bioenergie ausgeschöpft werden.

Das „Modell Güssing“ ist nicht nur ein praktisches Beispiel für ein erfolgreiches Projekt, sondern es hat auch dazu geführt, dass das EEE mittlerweile in zahlreichen Netzwerken und bei vielen internationalen Projekten eine Beraterrolle einnimmt. Hierfür vier eindrucksvolle Beispiele.

Neben dem Wirtschaftswachstum, das den erneuerbaren Energien zu verdanken ist, zieht die Region auch aus dem dadurch entstandenen Ökotourismus Nutzen.

Den Impuls auf lokaler Ebene bewahren

Wie funktioniert das?

Güssing nahm eine sorgfältige Bestandsaufnahme seiner natürlichen Ressourcen vor, bevor es zur Umsetzung seines Programms für erneuerbare Energie auf das reichlich vorhandene lokale Angebot an Holz- und Landwirtschaftserzeugnissen zurückgriff. Mit der Gründung des Europäischen Zentrums für Erneuerbare Energie (EEE) im Jahr 1996 übernahm die Stadt die Führung in Forschung und Entwicklung. Das EEE hat sich aufgrund seiner Kompetenzen auf diesem Gebiet einen weltweiten Ruf erwerben können. Es koordiniert alle energiebezogenen Aktivitäten im Bezirk Güssing und organisiert Vorträge und Ausbildungslehrgänge im Bereich erneuerbare Energie sowie Fahrten durch das ökoEnergiewald, das 10 Gemeinden in der Umgebung umfasst.

Bei dem „Modell Güssing“ handelt es sich um ein Netzwerk zur dezentralisierten Stromerzeugung aus Biomasse. Die verbundenen Kraftwerke erzeugen Strom für die Stadt und liefern Wärme an Privatgrundstücke und kommunale Gebäude.

Der ausschließliche Rückgriff auf lokale Rohstoffe garantiert eine nachhaltige Waldbewirtschaftung und den lokalen Produzenten einen hohen Mehrwert. Der Güssinger Kraftwerksverbund hat insgesamt eine Kapazität von 24 MWt und 4 Megawatt Strom und kann somit etwa 50 000 MWh Wärme und ca. 30 000 MWh Strom pro Jahr liefern.

Das „Modell Güssing“, bei dem lokale Ressourcen und nachhaltige, innovative Technologie ganz einfach miteinander kombiniert werden, ist durchaus auch auf andere Länder und sogar andere Teile der Welt übertragbar. EEE-Geschäftsführer Reinhard Koch stellte kürzlich auf einer Veranstaltung der Vereinten Nationen in Wien das Modell vor, das sogar bei der srilankischen Regierung auf Interesse stieß.

Die Erfolgsgeschichte der letzten 15 Jahre diente auch anderen österreichischen Regionen als Vorbild. Das ehrgeizige Ziel ist es, in der umliegenden, 28 000 Einwohner zählenden Region bis 2010 durch die Nutzung mehrerer Dutzend Biomassekraftwerke Kohlenstoffneutralität zu erreichen und die CO₂-Emissionen um 85 % zu senken.

Das „Modell Güssing“ ist ein dynamischer Prozess, bei dem es immer wieder neue Know-how- und Effizienzziele zu erreichen gilt. Die nächste Herausforderung für die Stadt ist die Entwicklung neuer Biokraftstoffe, die nicht mit der Lebensmittelproduktion konkurrieren.

Bei RENEWED geht es um die Einrichtung eines europäischen, aus Biomasse-Regionen bestehenden Netzwerks. Durch Machbarkeitsstudien und Entwicklungsprojekte, an denen sich lokale Gemeinschaften beteiligen, soll das Bewusstsein für das Potenzial von Biomasse auf allen Verwaltungsebenen geschärft werden.

Coach Bioenergie ist ein neues Projekt, das als Teil des INTERREG IVB-Programms im Januar 2009 zur Förderung der nachhaltigen Nutzung von Biomasse in den mitteleuropäischen Regionen eingeleitet wurde.

LA RÉUNION – EINE INSEL MIT EINER MISSION

Die französische Insel Réunion gilt nach wie vor als tropisches Paradies – ein bedrohtes Paradies. Die Auswirkungen der globalen Erwärmung werden sich hier stark bemerkbar machen, aber die Inselbewohner packen die Herausforderung frontal an. Weder selbstzufrieden noch resigniert, gehen sie im Bereich der erneuerbaren Energie mit Volldampf voran.

Panorama ist zu Besuch auf Réunion, überlegt, wie realistisch das Ziel der Insel ist, bis zum Jahr 2025 energieunabhängig zu werden, und prüft, wie es um die Stichhaltigkeit ihrer Behauptung, ein Weltleader in fotovoltaischer Energie zu sein, bestellt ist – eine Behauptung, die in der Vision eines einzigen Mannes wurzelt.

Regionale Finanzierung – ein Traum wird unterstützt, eine Industrie entsteht

Alain Orriols lebt seit 21 Jahren auf der Insel, wo er kurz nach seiner Ankunft seine eigene Elektrizitätsfirma gegründet hat. Wie die Bevölkerung und der Geschäftssektor der Insel ist auch sein Unternehmen gewachsen, und schon bald hat er expandiert, mehr Mitarbeiter eingestellt und eine unaufhaltsam steigende Zahl von Verträgen ausgeführt. Doch obwohl der Ruhestand winkte, hatte Orriols eine neue Leidenschaft entwickelt: erneuerbare Energiequellen. Er verkaufte seine Firma und investierte den gesamten Ertrag in ein innovatives Projekt. „Fotovoltaik schien eine gute Idee zu sein, wir hatten genug Dachraum, Sonnenschein und Bedarf an Elektrizität. Ich habe mir gedacht, daraus müsste sich doch etwas machen lassen“, sagt Orriols.

Daher wurde er bei Industrieanlagen vorstellig und bat darum, ihren Dachraum nutzen zu dürfen. Er stieß nicht gleich auf Begeisterung, doch er blieb hartnäckig – ein Teil des Vergnügens bestand für ihn darin, einer Situation eine Wende zu geben und zu erreichen, dass etwas funktioniert. Da er mit den großen Dächern nicht so recht weiter kam, beschloss er, sich auf das zu konzentrieren, was er selbst bewerkstelligen konnte, und schon bald begannen Freunde, Verwandte und verschiedene Lagerhäuser, sich mit fotovoltaischen Platten auszurüsten, die von Orriols beschafft und von ihm selbst und einem kleinen Team installiert wurden. Obwohl er sein gesamtes Vermögen in seine neue Leidenschaft investiert hatte, gelang es ihm nicht, die Gewinnschwelle zu

erreichen, und als er vor der Entscheidung stand, aufzuhören oder weiterzumachen, ging er mit seiner Idee bis ganz nach oben und stellte sie dem Präsidenten des Regionalrats von La Réunion, Paul Verges, vor.

Zwei Tage später stand seine Finanzierung, und ein Jahr danach hatte er eine Partnerschaft mit dem französischen Multi SIDEC, mit dem er 2009 – für die zu diesem Zeitpunkt größte Konzentration von fotovoltaischen Platten auf französischem Gebiet – den Innovationspreis RegioStars gewann. Die von den Platten erzeugte Elektrizität (999 kWc auf einer Fläche von 13 000 m²) entsprach dem Verbrauch von 750 Inselhaushalten.

Reinere Energie bringt neue Arbeitsplätze

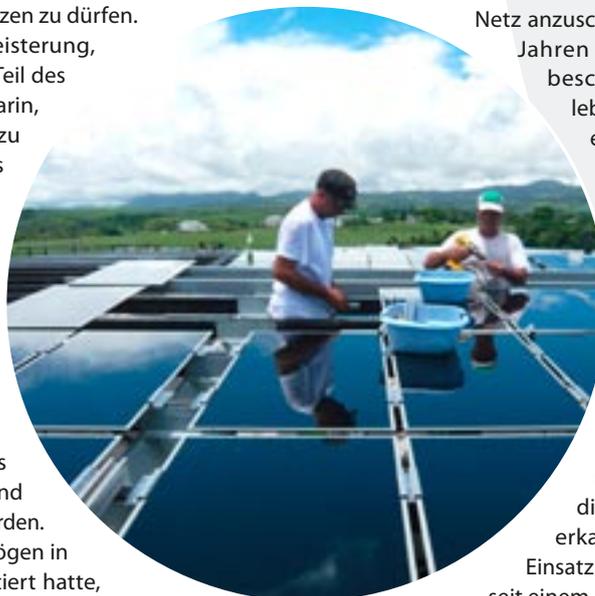
Seit dem Jahr 2000 sind über 600 Personen auf der Insel in dem Sektor beschäftigt. Wie Philippe Berne – Vizepräsident von La Réunion – betont, klingt diese Zahl vielleicht nicht sehr beeindruckend, aber auf die Größe Frankreichs übertragen, wären es sage und schreibe 50 000 neue Arbeitsplätze. „Es ist eine kreative Art, Menschen zu beschäftigen“, erklärt er.

Berne ist ungehalten über die Vorstellung, dass erneuerbare Energien mehr kosten. „Man muss das Gesamtbild betrachten; das Wachstum und die Arbeitsplätze, die in diesem Bereich entstehen, müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Wir müssen eine globale Analyse vornehmen. Es reicht nicht, sich nur eine trockene Bilanz anzuschauen.“ Er ist davon überzeugt, dass die Insel erkennen kann, in welche Richtung sie gehen muss. „Auf den ersten Blick sieht es vielleicht teurer aus, aber das ist die Zukunft“, sagt Berne.

Herausforderungen: Topographie, Klima und Infrastruktur

Das Streben nach Energieunabhängigkeit stellt La Réunion vor ganz besondere Herausforderungen. Schluchten, Bergketten und andere Merkmale machen es schwierig, die Elektrizität ans Netz anzuschließen. Frühere, in den 80er und 90er Jahren errichtete Anlagen waren relativ bescheiden und versorgten abgelegene lebende Familien. Die Insel liegt zudem in einem Zyklonegebiet, was bedeutet, dass die gesamte Ausrüstung auf den Dächern extremen Wetterverhältnissen und Winden standhalten muss, die bis zu 280 km/h erreichen können ... und sie muss voll versichert sein.

In den 90er Jahren wurden die Betreiber und technischen Partner mit der Technologie vertraut. Sie waren auch stärker motiviert, da immer mehr Fabriken und neue Unternehmen das Netz erheblich beanspruchten und die Ölpreise stiegen. Zu diesem Zeitpunkt erkannte die Insel, welches Potenzial der Einsatz lokaler Betreiber und Installierer bot, die seit einem Jahrzehnt mit Fotovoltaik arbeiteten.



Sie mussten auch einen Weg finden, die erzeugte Elektrizität zu nutzen. Der französische Stromanbieter EDF war – auf der Insel – nicht dazu bereit, fotovoltaische Energie in das Netz einzuspeisen, der Kaufpreis war nicht richtig festgelegt, und die Kosten für die Technologie waren beträchtlich.

„Ehrlich gesagt, wäre dieses Projekt ohne die Steuererleichterung und die europäischen Fördergelder nie in Gang gekommen“, sagt Orriols. „Dank der Steuermaßnahmen und der EFRE-Förderung konnten wir die Kosten der Anlagen reduzieren und anfangen, Gewinn zu machen.“ Jahr für Jahr kommen große neue Anlagen hinzu, und heute stammen 10–15 Megawatt von Solarzellen. Das verfügbare Gebiet wurde in relativ kurzer Zeit genutzt, jetzt geht es darum, neue Orte zu finden, an denen sich die Zellen installieren lassen.

Warum also La Réunion?

Die Insel hat die beste Motivation, die man sich denken kann: das Bewusstsein ihrer eigenen Verletzlichkeit angesichts der globalen Erwärmung. Über einige Dinge sind sich die Experten einig, beispielsweise darüber, dass extreme Wettermuster zu mehr Zyklonen führen, die vielfach sehr viel heftiger sein werden als derzeit. „Wir müssen Wasserablauf und Überflutung berücksichtigen“, erklärt der Vizepräsident von La Réunion, Philippe Berne.

Auch der Anstieg der Meerestemperatur und des Meeresspiegels gibt Anlass zur Sorge. Schon eine Zunahme von wenigen Graden wird dazu führen, dass die Korallen beginnen, zu erbleichen und schwächer zu werden. „Unsere Riffs müssen in gutem Zustand sein“, fährt Berne fort. Nicht nur, um die biologische Vielfalt zu bewahren, sondern auch, weil hinter jedem Riff eine Küste und hinter jeder Küste ein Dorf liegt. „Um die Riffs in einem möglichst guten Zustand zu halten, müssen wir den Wasserabfluss, das heißt sowohl Flut- als auch Abwasser, in den Griff bekommen“, sagt Berne.

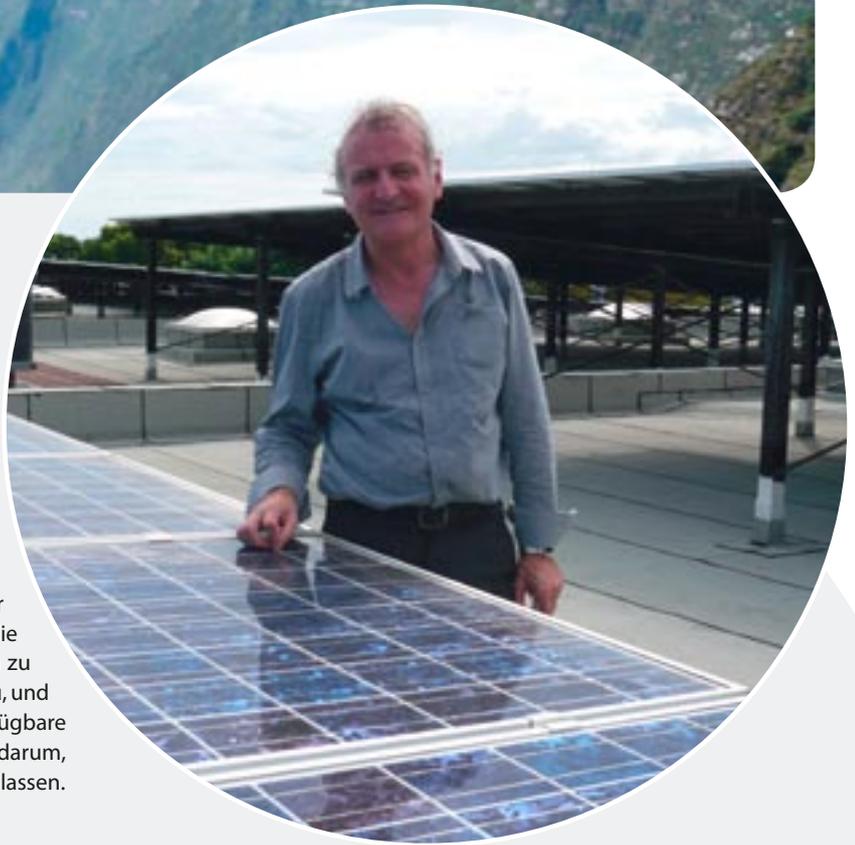
Auch die Landwirtschaft wird von den steigenden Temperaturen betroffen sein; derzeit laufen Experimente, um festzustellen, wie sie sich auf die Zuckerplantagen auswirken werden.

Und dann sind da noch die Krankheiten. Der Ausbruch des Chikungunya-Fiebers 2005/06, einer Krankheit, die extreme Gelenkschmerzen verursacht und tödlich enden kann, führte zu 1 722 gemeldeten Krankheitsfällen. Mathematische Modelle lassen darauf schließen, dass möglicherweise 110 000 Personen infiziert wurden. Berne fragt sich, ob dies eines der ersten Anzeichen des Klimawandels auf der Insel ist – Krankheiten, die in neuen Gebieten auftreten, neu auftretende Krankheiten und, was am schlimmsten ist, die Vorhersage starker Regenfälle, die Krankheitsüberträgern wie der Mücke *Aedes aegypti*, die das Chikungunya-Virus verbreitet, den Weg bereiten.

15 % Finanzierung und eine 30%ige Steuerbefreiung machen das Projekt rentabel

Die EFRE-Unterstützung beläuft sich auf 750 000 €

Gesamtbudget: 5,5 Millionen €



Einschlägige Untersuchungen haben gezeigt, dass 48 % der von La Réunion produzierten Treibhausgase aus der traditionellen Stromerzeugung stammen. Die Inselbewohner sehen einen klaren Zusammenhang zwischen der Emission von Treibhausgasen und den Problemen, die sie in den kommenden Jahrzehnten werden bewältigen müssen.

Berne zufolge treiben noch andere Faktoren den innovativen Unternehmerteil voran, von dem der aktuelle Boom in erneuerbaren Energien zeugt. „Wir haben wirklich Glück. Wir erhalten europäische Fördermittel, zu denen unsere Nachbarinseln keinen Zugang haben“, sagt er. Dies schlägt sich unter anderem im Bildungs-, Ausbildungs- und Forschungsniveau nieder. 11 000 Studierende besuchen die Universität, und viele französische Forschungsorganisationen sind auf der Insel präsent.

Ein weiterer Faktor ist das tolerante, multikulturelle Klima, in dem sich alle Rassen und Religionen frei und problemlos mischen. „Wir sind bemerkenswert“, sagt Berne. „Wir haben das Gefühl, einem toleranten Volk mit einer interreligiösen Lebensart anzugehören, was sehr wichtig ist. Hier herrscht Eintracht.“

Nicht zuletzt sind die Inselbewohner stolz auf ihr Naturerbe. Meeresschutzgebiete und Parks werden eingerichtet, und man ist sich der Bedeutung der Arten bewusst, die auf der Insel heimisch sind und zum Teil sonst nirgends zu finden sind.

Aufgrund all dieser Faktoren ist La Réunion geradezu prädestiniert für solch ein exponentielles Wachstum im Gebrauch erneuerbarer Energiequellen. Und sie erklären auch den Wunsch der Inselbewohner, noch weiter zu gehen und binnen 15 Jahren energieunabhängig zu werden.

Wohin jetzt?

SITAR ist ein Unternehmen, das über eine Menge Dachraum verfügt: 13 000 m² davon wurden an Orriols vermietet. Die an das Netz angeschlossene Anlage wird 20 Jahre lang in Betrieb sein. Viele Unternehmen steigen in dieses boomende Geschäft ein, wobei allein an der Meeresfront zehntausende von Solarplatten installiert werden.

Joël Dumont, Leiter der Abteilung für Industrieentwicklung beim Ministerium für Wirtschaft, Finanzen und Industrie, lebt seit neun Jahren auf der Insel und hat schon neue Orte ins Auge gefasst. „Wir haben noch nicht alle Standorte genutzt“, erklärt er.

Derzeit befinden sich die meisten Solarplatten auf industriellen, gewerblichen und öffentlichen Dächern. Einige werden auf Deponien angebracht, die ihr Lebensende erreicht haben. Sie sind voll, aber zu instabil, um für dreißig Jahre überbaut zu werden, und bieten den fotovoltaischen Platten die so dringend benötigte Oberfläche. Dank der Nutzung alter Deponiegebiete brauchen weder Agrarflächen noch ausgewiesenes Bauland in Anspruch genommen zu werden.

Schon morgen könnten sich die Platten auf dem Flughafen, auf Parkhäusern und den offenen Feldern, die zum Anbau von Gemüse genutzt werden, befinden und der Landwirtschaft gute Dienste leisten. Sie könnten auf dem verfügbaren Land installiert werden und eine Doppelrolle als Schattenspendler spielen oder Passagen überdecken.

Dumont spricht ein Problem an, das alle beschäftigt, die sich für Sonnen- und Windenergie einsetzen: die Lagerung von Energie. „Es gibt eine Grenze für die Erzeugung erneuerbarer Energie. Wenn man nämlich über Solaranlagen oder Windmühlen spricht, muss man bedenken, dass sie nur dann Energie produzieren, wenn es Sonne oder Wind gibt, und genau dieses Problem müssen wir in den Griff bekommen.“

Daher geht es jetzt darum, Wege zu finden, um auch dann Energie zu erzeugen, wenn die primären Quellen nicht verfügbar sind. Eine faszinierende Idee, die Dumont vorbringt, ist, die überschüssige Energie tagsüber dazu zu nutzen, Wasser in eine bestimmte Höhe in ein Reservoir zu pumpen. Dann könnte das Wasser für ein paar Stunden – morgens und abends, wenn Energie benötigt wird, aber die Sonne nicht scheint – zurückfließen und eine Turbine antreiben. Eine großartige Kombination aus Sonnen- und hydroelektrischer Kraft.

La Réunion, mithilfe regionaler Fördermittel als Pionier unterwegs

Die Insel ist ein perfektes, lebendes Labor. „Wir sind ein kleiner Mikrokosmos, der ein Labor darstellen kann, in dem sich die Ergebnisse relativ einfach analysieren lassen“, erklärt Dumont.

Dank ihrer geringen Größe ist die Insel für Pilotprojekte perfekt geeignet. Anwendungen, die funktionieren, können dann an anderen Orten, die einige der Merkmale der Insel aufweisen, wiederholt werden. Wie Dumont sagt, fällt der Insel beim Export von Know-how eine wichtige Rolle zu. Schon heute arbeitet La Réunion eng mit Island und Hawaii zusammen. Dumont lässt keinen Zweifel daran, welches Ziel die Insel verfolgt: „Wir wollen für den Planeten ein Beispiel geben.“

EINE KLEINE ERKLÄRUNG ZU SOLARPLATTEN

Monokristalline Solarplatten

Der erste und gängigste Typ sind monokristalline Solarplatten. Da sie als erste hergestellt wurden, haben sie eine ganze Zeit lang den Markt beherrscht. Es handelt sich um typische blaue, irisierende Platten mit abgerundeten Zellen, die in einheitlichen Reihen gebündelt werden und aus allen Richtungen zu sehen sind. Monokristalline Solarplatten sind in der Regel sehr teuer in der Produktion, da sie ein einzelnes Siliziumkristall erfordern, das in einem sehr komplizierten Verfahren gezüchtet wird. Dies führt zu höheren Preisen für Verbraucher. Der Vorteil dieser fotovoltaischen Platten liegt darin, dass sie jeden noch so kleinen Raum nutzen können und daher eine gute Lösung für Personen mit wenig verfügbarer Fläche sind. Und obwohl die Zellen sehr anfällig sind, sind sie in einem starren Rahmen gesichert und können über 25 Jahre lang in Betrieb sein.

Multikristalline Solarplatten

Der zweite Typ sind multikristalline bzw. polykristalline Solarplatten, die aus einem großen Block zahlreicher Siliziumkristalle hergestellt werden. Dies verleiht ihnen ein mosaikartiges Aussehen (wie zerbrochenes Glas). Und da sie nicht aus nur einem Siliziumblock produziert werden, sind sie nicht ganz so effizient, dafür aber billiger als monokristalline Solarplatten.

Amorphe Solarplatten

Dieser dritte und neueste Typ, besser bekannt als Dünnschicht-Solarmodul, ist sehr dünn und flexibel und damit ein einfach zu handhabendes Leichtgewicht. Amorphe Solarplatten wurden zunächst hergestellt, indem dünnes Siliziummaterial auf Glas oder rostfreien Stahl aufgebracht wurde, was ihnen ihre Starrheit verlieh. Um sie jedoch flexibel und dauerhaft zu machen, wird das Silizium nun zwischen flexiblem Laminatmaterial aufgebracht. Dies hat den zusätzlichen Vorteil, dass die Platten an praktisch allen Oberflächen befestigt werden können. Dünnschicht-Solarplatten sind indes derart vielseitig und ästhetisch ansprechend, dass sie traditionelle Schindeln oder Stahldächer vollständig ersetzen können. Darüber hinaus bieten sie den Vorteil, dass sie für Hersteller und Verbraucher am kostengünstigsten sind, da sie am wenigsten Silizium erfordern und am einfachsten zu produzieren sind. Dies führt zudem zu den niedrigsten Kosten pro Watt Energie. Da sie jedoch sehr dünn sind, sind amorphe Solarplatten bei der Umwandlung von Sonnenstrahlen in Elektrizität mehr als 40 % weniger wirksam als mono- und multikristalline Platten.



DER EFRE VERÄNDERT SICH –

FÖRDERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ VON GEBÄUDEN

Erschwingliche, zugängliche und zuverlässige Energie ist entscheidend, wenn die Ziele der Kohäsionspolitik erreicht werden sollen. Die Erhöhung der Energieeffizienz und der Einsatz erneuerbarer Energien bringen sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Nutzen und sollten in alle regionalen Entwicklungsstrategien einbezogen werden.

Mithilfe der Fonds der Kohäsionspolitik können Regionen verschiedene Aktivitäten unterstützen, etwa die Erzeugung und Verteilung erneuerbarer Energien, FuE, Beratungsdienste und Energieeffizienz für öffentliche, gewerbliche und industrielle Gebäude. Doch bis vor kurzem war der Wirkungsbereich der Politik im Hinblick auf Interventionen im Wohnungswesen beschränkt.

Im Rahmen der kürzlich verabschiedeten Konjunkturmaßnahmen wurde der wichtigste Finanzierungsmechanismus der Kohäsionspolitik, der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), abgeändert, um eine umfassendere Unterstützung für nachhaltige Energie im Wohnungswesen zu ermöglichen. Alle Mitgliedstaaten können nun bis zu 4 % der gesamten nationalen EFRE-Zuweisung in Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wohnungssektor investieren. Die nationalen Behörden werden zuschussfähige Kategorien bestehender Gebäude festlegen, und zwar auf eine Weise, die den sozialen Zusammenhalt fördert.

Nun steht die Kohäsionspolitik vor der Aufgabe, die Mitgliedstaaten und Regionen dazu zu ermutigen, diesen potenziellen Beitrag zu Arbeitsplätzen und Energieeinsparungen voll zu nutzen und die Politik in die Praxis umzusetzen.

EU-Politik für energieeffiziente Gebäude:

Derzeit wird über eine anspruchsvolle Neugestaltung der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden diskutiert. Ihr Geltungsbereich wird erweitert, um sicherzustellen, dass alle bestehenden Gebäude, die umfassend renoviert werden, bestimmten Effizienzniveaus entsprechen. Aus dem Energieeffizienzausweis wird ein echtes Energie-Label für Häuser, der in alle Verkaufs- und Vermietungsanzeigen aufgenommen werden muss.

Warum ist es wichtig, mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien im Wohnungssektor zu fördern?

Die Baubranche ist für rund 40 % des Endenergieverbrauchs der EU und 36 % der CO₂-Emissionen der Union verantwortlich, wobei zwei Drittel davon auf Wohngebäude entfallen.

Nachhaltige Energie in der Baubranche kann Investitionen und Innovationen anregen, die Wettbewerbsfähigkeit verbessern und die Schaffung von Arbeitsplätzen fördern. Mehr Möglichkeiten für kohäsionspolitische Interventionen schaffen Win-Win-Gelegenheiten, vor allem in diesen Zeiten der Wirtschaftskrise.

Die Investitionsbedürfnisse sind groß, die Mittel beschränkt – wie kann durch die Kohäsionspolitik ein maximaler Effekt erreicht werden?

Es gibt viele verschiedene öffentliche Programme, durch die Energieeinsparungen erzielt und erneuerbare Energien gefördert werden können. Dabei kann die Finanzierung auf vielerlei Arten erfolgen (z. B. Kredite, Zuschüsse, Bürgschaften, Steuermaßnahmen, Eigenkapital usw.).

Die Regionen werden ermutigt, verschiedene Optionen zu prüfen, um die verfügbaren Mittel zu erhöhen und die Hebelwirkung der Kohäsionsfonds zu maximieren.

Welche Unterstützung können Regionen bei der Strukturierung und Umsetzung öffentlicher Programme zur Förderung von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien erhalten?

Die Regionen können ihr Budget für technische Unterstützung dafür verwenden, sich bei der Errichtung öffentlicher Programme beraten zu lassen. Sie sollten sowohl die Mechanismen für die Bereitstellung finanzieller Unterstützung als auch die technischen Anforderungen untersuchen, die dafür sorgen werden, dass die Programme zu konkreten Energieeinsparungen führen.

In vielen Ländern gibt es Energieagenturen und Beratungszentren, die Regionen bei der Ausarbeitung geeigneter Programme unterstützen können.

Erfolgsfaktoren für vom EFRE geförderte Programme für nachhaltige Energie in Gebäuden

- Budget für technische Unterstützung sichern.** Um ein effektives Paket zu schnüren, könnten Bewusstseinsbildung, Schulung, Energieberater und Methoden zur Zusammenfassung der Nachfrage erforderlich sein.
- Maßgeschneiderte Programme auflegen** und gezielt Kategorien für förderfähige Wohngebäude vorgeben. Die lokale Gemeinschaft, Marktakteure und die Industrie voll einbinden, um den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen zu entsprechen.
- Möglichkeiten für Finanz-Engineering prüfen** – eine Kombination aus Krediten und Zuschüssen untersuchen, um das Volumen der verfügbaren Mittel zu erhöhen und die Hebelwirkung der kohäsionspolitischen Fonds zu maximieren.
- Energieeinsparungen garantieren** – Zertifikate und Regelungen für die Überwachung & Kontrolle von Energieeinsparungen gemäß der Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden in das Programm einbeziehen.
- Öffentlich-private Synergien nutzen;** Möglichkeiten zur Einbeziehung verschiedener relevanter Institutionen und zu Partnerschaften mit Gruppen der Zivilgesellschaft prüfen, einschließlich Energieversorgungsunternehmen und Finanzeinrichtungen.
- Ergänzende Unterstützung für erneuerbare Energien fördern**, um den verbleibenden Energiebedarf zu decken.

KOHÄSIONSPOLITISCHE UNTERSTÜTZUNG FÜR NACHHALTIGE ENERGIE: 2007–2013

Windenergie	788 Mio. €
Solarenergie	1,1 Mrd. €
Biomasse	1,8 Mrd. €
Hydroelektrische, geothermische und sonstige Energien	1,1 Mrd. €
Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Energiemanagement	4,2 Mrd. €
Gesamt	8,9 Mrd. €

Der Effekt der geänderten EFRE-Verordnung, die zu einer Erhöhung der Intervention im Wohnungssektor führen dürfte, geht aus diesen Zahlen noch nicht hervor.

KLIMAWANDEL: GEMEINSAM HANDELN

Während sich die Kommission auf politische Maßnahmen zur Reduzierung künftiger Emissionen konzentriert und Programme entwickelt, um die Folgen der in der Vergangenheit freigesetzten Emissionen zu bewältigen, wird ihre Arbeit von zahlreichen Organisationen und Unternehmen ergänzt. Sie alle verfolgen ein gemeinsames Ziel: eine bessere Umweltbilanz für unsere Zukunft.

Im Vorfeld von Kopenhagen: die Sicht der Europäischen Kommission

Da der Klimawandel ein solch gewaltiges Problem ist, sind die meisten Generaldirektionen bei der Kommission an den Bemühungen beteiligt, die Auswirkungen der globalen Erwärmung, wie sie nun auftreten, in den Griff zu bekommen; sie arbeiten daran, den Mitgliedstaaten bei der Anpassung an künftige Wetterextrema zu helfen, und kämpfen dafür, die Emissionen jetzt zu reduzieren.

Panorama sprach mit der **Generaldirektion Umwelt**, um zu erfahren, welche Fragen in dieser kritischen Zeit im Vorfeld der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP15), die im Dezember in Kopenhagen stattfindet, vorrangig zu behandeln sind.

Die Kopenhagener Konferenz ist besonders wichtig, da hier die Regeln für das Engagement im Kampf gegen den Klimawandel festgelegt werden, während das Kyoto-Protokoll 2012 ausläuft. Das Protokoll verpflichtet lediglich Industrieländer, bis zum Jahr 2012 ihre Emissionen zu verringern, und das auch nur um durchschnittlich 5,2 % gegenüber dem Niveau von 1990. Diese Reduzierung reicht bei weitem nicht aus, um innerhalb der Temperaturgrenze von 2 °C zu bleiben. Aus diesem Grund wird ein neues, internationales Abkommen über weiter reichende, globale Emissionsreduzierungen für den Zeitraum nach dem Auslaufen der Kyoto-Ziele im Jahr 2012 benötigt.

Die konkreten und rechtsverbindlichen EU-Verpflichtungen zu Emissionsreduzierungen haben die Union zu einem Weltführer unter den Regierungen gemacht. 2007 vereinbarten die Mitgliedstaaten auf dem europäischen Frühjahrsgipfel einstimmig, sich rechtsverbindlich dazu zu verpflichten, die Emissionen bis zum Jahr 2020 unilateral um 20 % im Vergleich zu 1990 zu verringern, und signalisierten ihre Bereitschaft, diesen Anteil auf 30 % zu erhöhen, falls andere Länder mitziehen.

Sie hat klare Vorschläge vorgelegt, um ein globales Abkommen über die Stabilisierung und anschließende Reduzierung von Emissionen zu erreichen, wobei die drei folgenden Hauptprioritäten gelten:

- Erreichen der Ziele von Industrieländern, Treffen angemessener Maßnahmen von Entwicklungsländern;
- Inangriffnahme der Finanzierung der Maßnahmen von Entwicklungsländern (sowohl zur Reduzierung der

Treibhausgasemissionen als auch zur Anpassung an den Klimawandel);

- Aufbau eines effektiven, weltweiten Kohlenstoffmarkts.

Im Vergleich zu 1990 sind die Treibhausgasemissionen in der EU-27 um 9,3 % zurückgegangen.

Für die Europäische Kommission wird einer der entscheidenden Faktoren sein, wie sich die Unterstützung für Entwicklungsländer, von denen sie sich einen bedeutsamen Beitrag erhofft, finanzieren lässt. Sie müssten so bald wie möglich damit beginnen, die Wachstumsrate ihrer Emissionen zu verlangsamen, und dann ab 2020-2025 ihre Emissionen in absoluten Zahlen reduzieren. Nach dem heutigen Stand werden 50 % der weltweiten Emissionen 2020 auf die Entwicklungsländer entfallen.

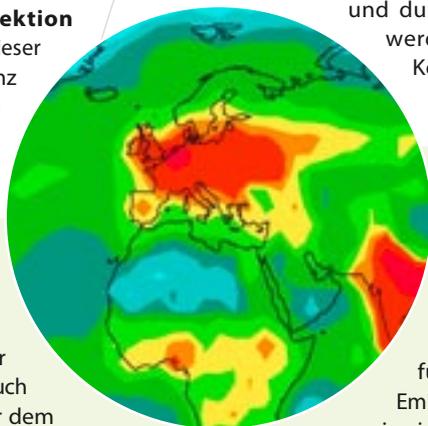
Den Entwicklungsländern stehen viele politische Optionen offen, bei denen die Vorteile die Kosten überwiegen, etwa die Erhöhung der Energieeffizienz, die Förderung erneuerbarer Energien, die Verbesserung der lokalen Luftqualität oder das Einfangen von Methan aus Quellen wie Mülldeponien als billige Energiequelle. Die Wirksamkeit solcher Politiken kann durch den Austausch bewährter Praktiken bei der Politikgestaltung und -planung und durch Technologiezusammenarbeit verstärkt werden. Die EU wird ihre diesbezüglichen Kooperationsbemühungen fortsetzen und intensivieren.

Die Notwendigkeit, einen Weg zu finden, um den Entwicklungsländern durch die Unterstützung ihrer Wirtschaften bei der Umsetzung der entscheidenden Änderungen zu helfen, ist nicht von der Hand zu weisen, und die Europäische Kommission hofft, dass zur Unterstützung der ärmsten Länder ein umfassendes Paket vorgelegt wird. Sie hält es für unbedingt notwendig, festzulegen, wie Emissionsreduzierungen finanziert werden sollen, wie viel Geld in den nächsten drei Jahren zunächst aufzuwenden ist, und anschließend zu errechnen, wie viel in den darauf folgenden Jahren benötigt wird. Erst wenn man weiß, welche politischen Maßnahmen umgesetzt werden sollen, können Entscheidungen über konkrete Beträge fallen.

Forschung und Entwicklung sind ebenfalls wichtige Komponenten, um die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern zu fördern. Der EU-Haushalt für Klima-, Energie- und Verkehrsforschung wird nach 2013 voraussichtlich steigen, wie es auch beim Siebten Forschungsrahmenprogramm der Gemeinschaft der Fall war.

Gefragt, ob sie zuversichtlich sei, weist die Kommission darauf hin, dass wir nur dann eine echte Chance haben, den durchschnittlichen Temperaturanstieg unter der 2 °C-Marke zu halten, wenn die Emission von Treibhausgasen vor 2020 ihren Höhepunkt erreicht und dann bis 2050 um 50 % gegenüber dem Stand von 1990 verringert wird. Wenn nicht gehandelt wird, dürfte die weltweite Durchschnittstemperatur in diesem Jahrhundert um 4 °C steigen – und das, so die Kommission, darf einfach nicht geschehen.

Die Entscheidung darüber, ob es so weit kommt oder nicht, könnte in diesem Dezember fallen.





Entscheidungen auf Grundlage verlässlicher Daten

Bei einem so hohen Einsatz müssen die Verhandlungen sich auf einheitliche und zuverlässige Daten stützen – und hier tritt die **Gemeinsame Forschungsstelle (GFS)** der Europäischen Kommission auf den Plan. Die Forschungsstelle, deren Hauptsitz sich in Brüssel befindet, ist auch an verschiedenen anderen Standorten in Europa präsent, unter anderem in Ispra (Italien) und Sevilla (Spanien). Sie wurde in den frühen Tagen der Kernforschung errichtet, in den 60er Jahren wurde ihr Aufgabenbereich jedoch erweitert und umfasst heute einen breiteren Themenbereich, einschließlich Umwelt und Wirtschaft.

Mit diesem Hintergrund ist das Referat Klimawandel der GFS geradezu prädestiniert, um die neuesten Computermodelle zu entwickeln und zu analysieren und präzise Szenarien des Klimawandels auszuarbeiten. Die vom Referat erstellten Daten werden unter anderem von den Vereinten Nationen und verschiedenen Direktionen in der Kommission genutzt. Dr. Frank Dentener, Mitarbeiter des Referats, erklärte die Rolle der Forschungsstelle: „Wir wollen, dass alle wichtigen politischen Entscheidungsträger und Verhandlungsführer Zugang zu den gleichen Daten haben. Wir analysieren die Ergebnisse der Klimawandel-Modellierung von den USA bis nach Japan und China, um sicherzugehen, dass die Daten vergleichbar sind.“

Im Vorfeld der Kopenhagener Konferenz sind mehrere Institute der GFS intensiv mit der Entwicklung von Szenarien für Energieverbrauch und Landwirtschaft, um nur zwei Bereiche zu nennen, beschäftigt. Die von ihnen erarbeiteten Projektionen werden zeigen, was getan werden muss, um die Emissionsziele zu erreichen, welche Vor- und Nachteile bestimmte Vorschläge haben und wie die Belastung von Ländern und Weltregionen gemeinsam getragen werden kann.

Die dafür verfügbaren Instrumente: Satellitenbilder, Computermodellierung und fortgeschrittene quantitative Datenanalyse. Das Ergebnis: Wenn sich die Politiker der weltweit führenden Volkswirtschaften in Kopenhagen treffen, werden ihre Diskussionen zunehmend auf unabhängigen, transparenten und vergleichbaren Daten basieren, wie sie vom Referat Klimawandel der GFS bereit gestellt werden. Alle Lücken oder Disparitäten werden so einfacher zu erkennen sein.

Offshore-Windkraft – die Einstellung ändert sich

Laufzeit	01.07.2008 – 30.06.2011
Förderfähiges Gesamtbudget	5 Millionen €
EFRE-Beihilfe	2,3 Millionen €

Während die Politiker über die Zukunft unseres Planeten entscheiden, tut ein mit regionalen Fördermitteln unterstütztes Projekt, was es kann, um schon jetzt etwas zu ändern.

Das **Clusterprojekt POWER** konzentriert sich auf einige der größten Herausforderungen für die Entwicklung der Offshore-Windenergie in der Nordseeregion: gesellschaftliche Akzeptanz, geschäftliche Zusammenarbeit und Kompetenzentwicklung. Da der Klimawandel zunehmend als Problem erkannt wird, das unter Kontrolle gebracht werden muss, stellen die Projektteilnehmer nun fest, dass sich die Einstellung zu erneuerbarer Energie, vor allem im Offshore-Wind-Sektor, in der Öl- und Gasindustrie langsam verändert.

Um diese Kommunikation und Kooperation voranzutreiben, bringt das Projekt die Sektoren auf Konferenzen und Messen zusammen. Im Übrigen hofft es auf Fördermittel für eine Studie, die sich mit den Erfahrungen der Öl- und Gasindustrie in der Nordseeregion – insbesondere der Öl- und Gasindustrie im Vereinigten Königreich, Norwegen und Dänemark – befassen und die gewonnenen Erkenntnisse und die Konzepte untersuchen soll, die sich auf die Offshore-Wind-Industrie in den Partnerregionen Dänemarks, Deutschlands, Norwegens und des Vereinigten Königreichs übertragen lassen.

Langfristige Erfolge und Politikgestaltung

Das Projekt hat in allen teilnehmenden Ländern positive Ergebnisse hervorgebracht – Erfahrungen, die möglicherweise in nationale und internationale Entscheidungsprozesse einfließen werden. In der Konsultation der britischen Regierung zu ihrem Weißbuch zur Energie kam das Projekt zur Sprache, ebenso wie bei der Revision des Erneuerbare-Energien-Gesetzes in Deutschland.

Das Clusterprojekt POWER hat auch eng mit dem Projekt BALTCOAST im Ostseeraum zusammengearbeitet, das sich mit Raumplanung befasst, ein Thema, das beim Management der Meeresnutzung heute von zentraler Bedeutung ist. Bei dieser Kooperation ging es um die Ausarbeitung eines Rahmens für eine international abgestimmte Nutzung von küstennahen Wassergebieten, dem Konzept hinter einer transnationalen Aufzeichnungs- und Nutzungsstrategie für diese Bereiche.





Links der Europäischen Kommission

Homepage der Generaldirektion Regionalpolitik

http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm

Strategischer Energietechnologieplan

http://ec.europa.eu/energy/technology/set_plan/set_plan_en.htm

Grüne Hauptstädte Europas

http://ec.europa.eu/environment/europeangreencapital/index_en.htm

Abgeänderte EFRE-Verordnung über Energieeffizienz

<http://www.europarl.europa.eu/oeil/FindByProcnum.do?lang=en&procnum=COD/2008/0245>

<http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:126:0003:0004:DE:PDF>

http://www.greenovate-europe.eu/content/press_release

EU-Links zum Klimawandel

http://ec.europa.eu/environment/climat/home_en.htm

<http://ec.europa.eu/environment/climat/campaign/index.htm>

http://ec.europa.eu/climateaction/index_de.htm

Links zu Projekten/Organisationen, die in dieser Ausgabe erwähnt werden

Der Wirtschaftswissenschaftler Jeremy Rifkin erklärt den Begriff einer Dritten industriellen Revolution

<http://www.foet.org/lectures/lecture-hydrogen-economy.html>

<http://thirdindustrialrevolution.ning.com/>

Odersun – Dünnschicht-Solarzellen

<http://www.odersun.de/index.php?lang=en>

Projekt INCENDI – Bekämpfung von Waldbränden

<http://www.interreg3c.net/pdfdata/3S0132R.pdf>

La Réunion, fotovoltaische Lösungen für Energieautarkie

http://ec.europa.eu/environment/etap/inaction/showcases/france/415_en.html

Gemeinsame Forschungsstelle

<http://ec.europa.eu/dgs/jrc/index.cfm>

Projekt ESPACE – Europäische Raumplanung: Anpassung an Klimaereignisse

<http://www.espace-project.org/>

Das Clusterprojekt POWER

<http://www.power-cluster.net/>

Kohlenstoffneutrale antarktische Forschungsstation

www.antarcticstation.org

Newsletter des Clusterprojekts POWER

<http://www.power-cluster.net/Newsandevents/POWERclusternewsletter/tabid/694/Default.aspx>

Programm Nordseeregion

<http://www.northsearegion.eu/ivb/home/>

Popakademie

<http://www.popakademie.de/index.php?id=1115>

Swansea University Zentrum für Nanogesundheit

<http://www.swan.ac.uk/nanohealth/>

Musikpark Mannheim

<http://www.musikpark-mannheim.de/web09/>

Informationen über die Ex-post-Bewertungen finden Sie unter:

http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/evaluation/rado2_de.htm

Das Europäische Zentrum für erneuerbare Energie

<http://www.eee-info.net/cms/>

Regionalpolitische Networking-Organisationen

<http://www.interreg4c.eu/>

<http://www.espon.eu/>

<http://urbact.eu/>

Andere nützliche Links

Amüsante grüne Networking-Site:

<http://www.play4climate.eu/index.php?lang=de>

Link zur Hauptwebsite für die nächste Ausgabe

Inform-Netzwerk der GD Regio

http://ec.europa.eu/regional_policy/country/commu/index_en.cfm

EIN NEUER KOMMISSAR ÜBERNIMMT DIE REGIONALPOLITIK –

Dr. PAWEL SAMECKI STELLT SICH VOR



Dr. Samecki ist ein versierter Wirtschaftswissenschaftler und ehemaliges Mitglied des Vorstands der polnischen Nationalbank, wo er für die Außenbeziehungen der Bank verantwortlich war. Darüber hinaus war er Polens stellvertretender Weltbank-Gouverneur, Mitglied des Wirtschafts- und Finanzausschusses und Mitglied des Ausschusses für internationale Beziehungen der Europäischen Zentralbank.

Mit seinen eigenen Worten ...

„Die europäische Regionalpolitik fördert die ausgewogene Entwicklung der Union und arbeitet darauf hin, die sozioökonomischen Disparitäten zwischen ihren Regionen abzubauen.“

Die schwerpunktmäßig auf weniger entwickelte Gebiete ausgerichtete Politik investiert in der ganzen EU, um das Funktionieren des Binnenmarkts zu verbessern und unseren Bürgern, wo immer sie leben, die Möglichkeit zu geben, die

Vorteile der wirtschaftlichen Integration voll zu nutzen. Die Politik investiert in die Modernisierung von Infrastrukturen, in Innovation, Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen und die „grüne Wirtschaft“, um so Europas weltweite Konkurrenzfähigkeit zu verbessern.

Indem sie die Stärken und das Potenzial der Regionen maximiert, hilft die Regionalpolitik ihnen, zu wachsen und Arbeitsplätze zu schaffen. Diese Politik ist im Übrigen ein Schlüsselinstrument zur Förderung der Realwirtschaft in der aktuellen Krisenzeit.

Als Kommissar für Regionalpolitik sehe ich vor allem zwei wesentliche Aufgaben vor mir liegen. Erstens, die Politik weiter zu vereinfachen und die Projektumsetzung vor Ort zu beschleunigen, damit die Regionen in der Lage sind, die negativen Folgen der Wirtschaftsrezession zu mildern und die Grundlagen für einen langfristigen und nachhaltigen Nutzen zu schaffen. Zweitens, ein Bezugsdokument über die künftige Ausrichtung der Politik auszuarbeiten, auf der Basis der Debatte, die von meiner Vorgängerin, Kommissarin Danuta Hübner, eingeleitet wurde. Ich bin fest davon überzeugt, dass diese Politik sich weiter entwickeln muss, damit sichergestellt ist, dass die Regionen der EU für die Herausforderungen gerüstet sind, die wir heute und in den kommenden Jahren zu bewältigen haben.“



Ex-post-Bewertung

Die ersten Ergebnisse der Ex-post-Bewertung der europäischen kohäsionspolitischen Programme 2000-2006 liegen nun vor. In Form von 12 miteinander verbundenen Arbeitspaketen zu verschiedenen Aspekten der Politik hat die GD REGIO 2007 mit der Bewertung des EFRE begonnen. Der Synthesebericht soll Anfang 2010 veröffentlicht werden. In Kürze wird eine Bewertung des Kohäsionsfonds gestartet, deren Ergebnisse 2011 vorgelegt werden sollen.

Der Zweck der Bewertungen besteht darin, die Auswirkungen der Politik aufzuzeigen und zu verstehen, was funktioniert und nicht funktioniert, und warum. Die so belegten Auswirkungen werden von der Kommission, den Mitgliedstaaten, Regionen und anderen Interessengruppen erörtert, so dass die Politik in Zukunft verbessert werden kann.

Im Juni 2009 hat die GD REGIO Bewerber von drei Arbeitspaketen gebeten, ihre Ergebnisse zu Umsetzungs-systemen, Auswirkungen des EFRE auf Gender-Fragen und Bevölkerungsentwicklung und der Effizienz größerer Projekte vorzulegen. An der Diskussion nahmen Vertreter der Mitgliedstaaten und Akademiker teil. Dies ist der Beginn einer Debatte, die auf den OPEN DAYS – Europäische Woche der Regionen und Städte (über Umwelt-, Verkehrs- und URBAN-Programme) und anderen Veranstaltungen später in diesem Jahr fortgesetzt werden soll.

Der Parlamentsausschuss Regi

Die neuen Mitglieder des Parlaments-ausschusses Regi sind nun bekannt. Danuta Hübner, die ehemalige Kommissarin für Regionalpolitik, wird dem Ausschuss vorsitzen. Die Vizepräsidenten sind: Georgios Stavrakakis, Markus Pieper, Feliz Hyusmenova und Michail Tremopoulos.

Der Ausschuss ist für Regional- und für Kohäsionspolitik zuständig, insbesondere:

- den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, den Kohäsionsfonds und die anderen Instrumente der Regionalpolitik der Union;
- Bewertung der Auswirkungen der anderen EU-Politiken auf den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt;
- Koordinierung der Strukturinstrumente der Union;
- Regionen in äußerster Randlage und Inseln sowie grenzübergreifende und interregionale Zusammenarbeit;
- Beziehungen mit dem Ausschuss der Regionen, Organisationen für interregionale Zusammenarbeit und lokalen und regionalen Behörden.

Unser regelmäßiges Update ... In jeder Ausgabe skizziert Panorama die Entwicklung von zwei Projekten aus der Sicht der Projektverwalter. Wir befassen uns mit den Höhen und Tiefen EFRE-geförderter Projekte nach dem Motto: die Probleme erkennen und Lösungen gemeinsam nutzen.



PROJEKT

1

AN DER POPAKADEMIE

In Mannheim befindet sich nicht nur der 2 000 m² große Musikpark, sondern auch die einzige deutsche Universität, die einen B.A.-Studiengang in moderner Musik anbietet – die Popakademie, eine Universität für Popmusikdesign und Musikbusiness. Für diese Ausgabe hat Panorama die Popakademie, das Schwesterprojekt des Musikparks, dem unser eigentliches Augenmerk galt, besucht.

Fakten und Zahlen

EFRE-Beitrag: 2,6 Millionen €
Nationale Kofinanzierung: 776 000 €

Mannheim – die Stadt mit dem neuen Image

Die Stadt Mannheim, die dem Problem gegenüberstand, wie sie den Übergang von einer industriellen Kernstadt zu einer Stadt mit einer modernen tragfähigen Wirtschaft vollziehen sollte, handelte mit Weitblick, als sie sich der Musikindustrie annahm und sowohl den Musikpark als auch die Popakademie ins Leben rief. Es war der damalige Kulturdezernent Dr. Peter Kurz, der heute das Amt des Mannheimer Oberbürgermeisters bekleidet, der beschlossen hatte, der Fertigungsindustrie den Rücken zu kehren und der Musik den Vorrang einzuräumen.

Die Stadt eignet sich hervorragend für einen solchen Schwerpunktwechsel, erklärt Udo Dahmen, künstlerischer Direktor und Geschäftsführer der Popakademie: „Mannheim war schon immer bei Musikern sehr beliebt. Einige der größten Künstler Deutschlands leben hier“. Die städtischen Behörden wissen, wie wichtig Talent, Toleranz und Technik sind. Die Stadt hat das Talent. Die Toleranz zeigt sich darin, dass Mannheim nach Berlin die Stadt mit der größten Gemeinschaft türkischer Zuwanderer ist und dass dort 160 verschiedene Nationalitäten leben. Und jetzt wird in dieser Stadt auch die Technik gefördert, und hierzu gehören auch die Popakademie und das damit verbundene Projekt, der Musikpark.

Wettlauf um einen Studienplatz an der Popakademie

700 Bewerber für 200 Studienplätze – die Popakademie steht nur den Besten offen. „Wir suchen nach den größten Talenten, nach Leuten, die außergewöhnlich sind“, erklärt Dahmen. Denn außergewöhnlich ist auch die Popindustrie, und die Universität wählt nur die Bewerber aus, die ihrer Meinung nach in der Lage sind, dort Fuß zu fassen.

Ein Blick auf das Studienangebot der Universität erklärt deren Beliebtheit. Die Universität bietet zwei Studiengänge an: zum einen Musikbusiness, ein Studiengang für Event- und Labelmanager, Marketingexperten und Künstlerentwickler. Universal, Deutschlands größtes Plattenunternehmen, hat sein Ausbildungsprogramm von Berlin nach Mannheim verlegt, und daneben arbeitet die Fakultät auch mit MTV, Sony und AOL zusammen. Für diejenigen, die sich lieber auf der Bühne wiederfinden, bietet die Popakademie zum anderen den Studiengang Popmusikdesign, bei dem die Künstler in ihrer kreativen Entwicklung unterstützt werden, wobei jedoch auch die wichtigsten Grundlagen des Musikbusiness vermittelt werden, denn kein Absolvent der

Popakademie soll skrupellosen Managern zum Opfer fallen. Da man auch mit der Zeit gehen möchte, wurde zudem ein Kurs in digitalem Innovationsmanagement eingeführt, der den Studenten grundlegende Kenntnisse über die digitale Industrie, das geistige Eigentum und das Internetmarketing vermittelt. Dieser Kurs wird im Rahmen des Business-Studiengangs angeboten.

„Dadurch, dass wir eine selbstständige Universität sind, können wir flexibel sein und mit der Industrie, auf die wir unsere Studenten vorbereiten, Schritt halten“, so Dahmen.

Die drei Jahre Studium machen sich bezahlt: Zwei Studenten sind auf Tournee mit der britischen Sängerin Sarah Brightman, ein anderer hat einen Mix in den US-amerikanischen Top 40, und 90 % der Musikbusiness-Absolventen des ersten Jahrgangs haben einen festen Arbeitsplatz gefunden. Es ist schwieriger, die Lage der Musiker zu beurteilen, aber anscheinend sind 85 % der Absolventen in der Industrie beschäftigt, für die sie sich entschieden hatten.

Verwaltung der Popakademie

Die Universität hat ihre Feuerprobe so gut bestanden, dass ihr Hauptgebäude um zwei Etagen aufgestockt wird, in denen der postakademische Unterricht stattfinden soll. „Es steht außer Frage, dass wir diese Richtung einschlagen müssen“, erläutert Dahmen.

Dahmen ist durchaus bewusst, dass die Akademie ohne die Hilfe des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) niemals gegründet worden wäre. Die finanzielle Unterstützung für das Hauptgebäude der Universität belief sich auf 1,7 Millionen €. Für ein zweites Gebäude wurden aus dem EFRE knapp 1 Million € bereitgestellt. Auf dem 2 500 m² großen Gelände befinden sich unter anderem Proberäume und Studios, in denen die neueste Technologie eingesetzt wird. „Ein privater Investor würde nicht so viel Geld hineinstecken, aber eine Universität muss in Forschung investieren. Es ist sehr wichtig, dass Anlagen und Einrichtungen von guter Qualität sind“, erklärt Dahmen.

Bei der Akademie handelt es sich um eine öffentlich-private Partnerschaft. 75 % gehören der Stadt und dem Bundesland, der Rest ist zwischen verschiedenen Unternehmen aufgeteilt. Zu den Sponsoren zählt auch BASF. „Wir sind mit BASF eng verbunden. Das Unternehmen beschäftigt 32 000 Mitarbeiter und erachtet es seit jeher für wichtig, in seine Mitarbeiter zu investieren, oft in Form von kulturellen Aktivitäten wie Konzerte“, so Dahmen.

Obwohl Dahmen sich sicher ist, dass die Unterstützung für den Erfolg der Initiative eine wichtige Rolle gespielt hat, ist er genauso davon überzeugt, dass der Prozess zur Beantragung europäischer Mittel vereinfacht werden könnte. „Ich musste für den damit verbundenen Verwaltungsaufwand eigens Büropersonal einstellen“, bemerkt der Geschäftsführer der Popakademie. Der Papierberg wächst ständig an. Andererseits ist es ein wahrhaftiger Balanceakt, das Projekt so zu entwickeln, dass es den Finanzierungsvorstellungen der EU entspricht.

„Manchmal können wir das Projekt nicht für sich selbst sprechen lassen. Wahrscheinlich liegt es daran, dass es sich um ein ungewöhnliches Vorhaben handelt, aber ich habe den Eindruck, dass ich oftmals unsere Projekte so entwerfen muss, dass sie vorformulierten Kriterien entsprechen.“



Hochmodernes Gebäude jetzt genehmigt

Nachdem die Genehmigung Anfang Juli erteilt wurde, können die Arbeiten zum Bau eines topmodernen Gebäudes, in dem das CNH seine Heimat finden soll, noch dieses Jahr beginnen. Insgesamt 34 Millionen € werden in das Institut für Biowissenschaften (Life Sciences Institute) investiert, von denen 14,8 Millionen € im Rahmen des Konvergenziels des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung bereitgestellt wurden. Dr. Tim Claypole, ständige Kontaktperson von Panorama und Mitglied des CNH-Exekutivausschusses, jongliert mit den Zahlen. „Es ist fantastisch, dass wir jetzt loslegen und das Gefühl haben können, dass die nächste Phase gesichert ist“, erklärt er. „Jetzt müssen wir uns der Spezifikationen bewusst werden und schauen, wie wir die Mittel am besten verteilen.“

Als das Gebäude nur als verlockendes Modell auf dem Papier bestand, war von der genauen Anzahl Lüftungskanäle und der exakten Aufteilung der zur Verfügung stehenden Quadratmeterfläche noch keine Rede. Aber als aus dem bloßen Konzept des Architekten schließlich ein Auftrag für den Bauunternehmer wurde, kam es plötzlich auf jeden Schacht und die genaue Größe der Räume an. „Ich habe von Fällen gehört, wo große Industrieanlagen nur um einen Bruchteil zu klein gebaut wurden, so dass die Ausstattung, die dort eigentlich installiert werden sollte, nicht hineinpasste“, sagt Claypole.

Nachdem sie nun eine klarere Vorstellung darüber haben, was sie brauchen, werden die Spezifikationen ein wenig abgeändert – größere, schöne Räume und eine zusätzliche Lüftung können die Preise in die Höhe schrauben. Claypole vergleicht die eingegangenen Angebote. „Manche liegen bis zu 30 % unter dem höchsten Angebot, aber natürlich muss man auch auf mögliche versteckte Kosten achten. Was auf dem Papier billig aussieht, könnte sich in Wirklichkeit langfristig als viel teurer herausstellen.“

In den nächsten zwei Jahren wird es viel Arbeit geben, aber am Ende dieser Zeit wird die Universität ein Zentrum für Biowissenschaften vorzuweisen haben, das sich mit anderen in Europa durchaus messen lassen kann.

Altes Budget, neue Gelder – Umverteilung der Mittel

Wenn man sich über die Verteilung der Mittel einig geworden ist, es dann aber zwei Jahre dauert, bis die Mittel eintreffen, dann kann man sich einer Sache sicher sein: Die Zahlen stimmen nicht mehr, und das Budget muss überarbeitet werden. „Es geht darum, für die herzustellende Ware die richtigen Maschinen zu finden“, erklärt er. Clayton, der einige Unternehmen berät und auch zur Entwicklung einiger Produkte beiträgt, konzentriert sich darauf, nur die wichtigste Ausrüstung zu beschaffen, damit er im Budgetrahmen bleibt.

Eine angenehme Überraschung war, dass einige Teile der notwendigen Ausstattung auf Ebay versteigert wurden. „Da es sich um eine Auktion handelt, bei der jeder mitbieten kann, erfüllen wir die EU-Vorschriften und können gute Ausrüstung zu einem ausgezeichneten Preis erwerben“. Selbst wenn noch Reparaturkosten berücksichtigt werden müssen, ist die Ausrüstung noch immer billiger, als wenn sie neu angeschafft würde.

Das CHN, das Wissenschaftler sowie Vertreter des Privatsektors und des nationalen Gesundheitsdienstes vereint, arbeitet an der Anwendung der Nanotechnologie im Bereich der Krankheitsdiagnostik und Erkennung geeigneter Behandlungsmethoden.

Fakten und Zahlen

Knapp über 21 Millionen € werden im Rahmen des Konvergenziels in die Förderung des Zentrums für Nanogesundheit fließen. Die Förderung begann 2009 und läuft 5 Jahre.

„Angesichts der derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen gehen spezialisierte Halbleiter-Hersteller entweder Pleite oder konzentrieren sich auf andere Prozesse, was zu überraschenden Ergebnissen führt“, erklärt Claypole. Jetzt, wo er gerade dabei ist, die entstehenden Kosten auf sein Budget abzustimmen, ist diese unerwartete Materialquelle eine wahre Freude.

Und auch wenn die Finanzierung schließlich unter Dach und Fach ist, ist die Suche nach den richtigen Mitarbeitern für das Team niemals einfach. Wenn es darum geht, Mitarbeiter für den Bereich gedruckte Elektronik auf Kunststoff zu finden, kann die Suche nach Spezialisten sogar zu einer wahren Herausforderung werden. Zwar konnten bereits Teammitglieder für das Projekt gefunden werden, aber es werden noch weitere benötigt. Es wird auch in den USA und anderswo gesucht. Wie Claypole so schön sagt, „müssen wir die Leute, die wir brauchen, aufstöbern“.

Eine Stellenbeschreibung – Konzepte Wirklichkeit werden lassen

Diejenigen, die eingestellt werden, werden bei der Spitzentechnologieentwicklung in Europa eine wichtige Rolle spielen. Während die Universitäten die Konzepte entwickeln, ist das Zentrum für Nanogesundheit das Bindeglied zwischen Theorie und Massenproduktion. Aufgabe des Zentrums ist es, eine Idee, die in der Theorie entwickelt wurde, aufzugreifen und sie in ein Produkt umzuwandeln. Die Unternehmen geben dann das Konzept, das im Zentrum geprüft wurde, in die Massenproduktion.

Claypoles Team und das Holst Centrum in Eindhoven forschen auch im Bereich Energiesparlampen. Das unter dem 7. EU-Forschungsrahmenprogramm finanzierte Projekt sieht auch eine Zusammenarbeit mit Philips vor, bei der es um gedruckte Polymerelektronik als eine Alternative zu Silikon geht. „Zu den wirklich interessanten Entwicklungen wird die Anwendung der integrierten Polymerelektronik im medizinischen Bereich zählen“, so Claypole.

Für Claypole liegt der Mehrwert der Zusammenarbeit mit den Herstellern darin, dass die Forschungsinstitute durch den Austausch von Wissen die moderne technologische Theorie sondieren.

„Es geht darum, dass wir etwas entwickeln, indem wir unser Know-how bündeln. Anschließend wird die Technologie aus den Laboratorien in die Unternehmen gebracht, denen dann gezeigt wird, wie das Produkt hergestellt wird“, erklärt er.



KOMMUNIKATION –

UNSEREM PLANETEN ZULIEBE

Die Klima-Agenda wurde in jeden Aspekt der EU-Regionalpolitik einbezogen und hat wesentlichen Einfluss darauf, wie Programme vorgehen und zusammenspielen. Verschiedene Netzwerke und Programme decken unterschiedliche Aspekte der Regionalpolitik ab; sie helfen den Menschen, ihr Wissen gemeinsam zu nutzen, und schaffen eine gemeinsame Verbindung zwischen diversen Investitionsarten. In dieser Ausgabe von Panorama gehen wir auf ESPON, URBACT und INTERREG ein.

ESPON (Europäisches Raumbewachungsnetzwerk)

Im Rahmen seiner Arbeit in Bezug auf den Klimawandel nimmt ESPON drei Hauptaufgaben wahr: Es beobachtet die Auswirkungen des Klimawandels auf verschiedene Arten von Landschaften in der EU, stellt sicher, dass der Klimawandel in den politischen Entscheidungsprozess einbezogen wird, und unterstützt Projekte im Bereich erneuerbarer Energien.

„Der Klimawandel ist fester Bestandteil des ESPON-Programms 2013, da dies ein globaler Trend ist, der die territoriale Entwicklung in ganz Europa beeinflusst“, sagt Peter Mehbye, Leiter der ESPON-Koordinierungsstelle. „Unser Klima-Projekt wird sich gründlich mit den Auswirkungen des Klimas auf die regionale Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt zwischen verschiedenen Arten von Gebieten sowie in Europa im Ganzen befassen.“

Die künftige Ausrichtung für Städte (FOCI)

EFRE-Beihilfe: 748 000 €

Gesamtbudget: 999 000 €

Laufzeit: September 2008 – September 2010

In dieser Studie untersucht ESPON, wie Großstädte und Ballungsräume sich entwickeln und wie sich dies auf die Umwelt auswirkt. Das Wirtschaftswachstum konzentriert sich in großen Stadtgebieten, die für die Verwirklichung zahlreicher Ziele der Lissabon-Strategie für Arbeitsplätze und die Verbesserung des Lebensstandards von entscheidender Bedeutung sind. Gleichzeitig werden sie von denjenigen, die politische Maßnahmen im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, wie etwa die Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt, umsetzen, mit größerer Sorge betrachtet.

Die FOCI-Studie wird die ökologischen Auswirkungen der innerstädtischen Entwicklung untersuchen, aber vor allem auch das Wachstum in den Stadtrandgebieten und die damit einhergehenden



RegEnergy

Fakten und Zahlen:

- EFRE-Beitrag: 831 000 €
- Gesamtbudget: 1,2 Millionen €

Laufzeit: April 2005 – September 2007

Schauen Sie sich einmal Ihren Heizkessel an – ein guter Anlass, darüber nachzudenken, wie die europäischen Heizsysteme sich weiterentwickeln müssen. Wir verzeichnen heute eine steigende Nachfrage nach Beheizung und Kühlung, die Klimafaktoren und höhere Erwartungen an den Lebensstandard widerspiegelt. Aber diese Nachfrage treibt auch die Kosten in die Höhe und stellt die ökologische Glaubwürdigkeit unserer wichtigsten Lieferanten auf die Probe.

RegEnergy, ein RegioStars-Finalist im Jahr 2009, bietet Unterstützung im Heizungssektor, damit jedem Einzelnen innovative Ideen und neue Technologie in der EU zugute kommen. Dieses Informationsnetzwerk bringt 18 Partner in 11 Ländern zusammen, um für sichere Versorgung aus erneuerbaren Energiequellen zu werben und gleichzeitig regionale Disparitäten in Verbindung mit Energieversorgung und -nutzung abzubauen.

Die Hauptziele des Projekts waren:

- Schaffung eines Netzwerks von Regionen, die Innovatoren im Bereich von Beheizung und Kühlung sind;
- Verbreitung von Best-Practice-Maßnahmen und Informationen über verfügbare Finanzierung sowie Unterstützung der Wiederholung des Projekts in anderen Gebieten;
- Identifizierung innovativer, städtischer Testfälle und Modellpolitiken, die auf die nachhaltige Umstrukturierung des Heizungssektors ausgerichtet sind.

Zu den Kreisen, die die Projektpartner erreichen wollten, zählten kommunale und regionale Entscheidungsträger und Planer, regionale und kommunale Energieversorgungsunternehmen, regionale Entwicklungsstellen und -agenturen sowie Personen, die mithelfen konnten, das Projekt anderswo wiederholbar zu machen, wie etwa kommunale und regionale Vereinigungen.

Ein bemerkenswerter Erfolg war die Entwicklung eines Web-Tools für kommunale und regionale Entscheidungsträger, reg-energy.org, das diesen hilft, nach Best-Practice-Beispielen in Bezug auf Politik und Finanzierung zu suchen und Wege zu entwickeln, um nachhaltige Beheizungs- und Kühlungsprojekte in ihren Regionen und Gemeinschaften in die Praxis umzusetzen.



Herausforderungen. Erfahrungen mit Zersiedlung in der Vergangenheit sollen mit neuen Konzepten zu Nachhaltigkeit kombiniert werden, um eine städtische Entwicklung zu fördern, die der Wirtschaft und der Umwelt zuträglich ist.

ReRISK

EFRE-Beihilfe: 524 000 €

Gesamtbudget: 700 000 €

Laufzeit: Juli 2008 – Juli 2010

Diese zweijährige Studie konzentriert sich auf Möglichkeiten, mehr erneuerbare Energiequellen zu erzeugen. Sie wird im Kontext der steigenden Energiepreise und einer potenziellen Energieknappheit durchgeführt und greift die Nachhaltigkeitsziele auf, die von den EU-Ministern in der Territorialen Agenda 2007 vereinbart wurden. Sie wird konkrete, ausgewogene Belege über die Auswirkungen steigender Kraftstoffpreise und darüber liefern, wie diese wiederum auf lange Sicht die Wettbewerbsfähigkeit und den Zusammenhalt europäischer Regionen beeinträchtigen.

URBACT

Im Bereich der städtischen Entwicklung sorgt URBACT dafür, dass die Lead-Partner von Projekten die Möglichkeit haben, miteinander zu kommunizieren und Informationen auszutauschen, wenn sie in ihren eigenen spezialisierten Projekten innovative Ideen anwenden.

Die Arbeit selbst liegt vollständig in Händen der Städte, die EU-Fördermittel erhalten, und die Prioritäten werden von lokalen Gemeinschaften und Unternehmen festgelegt. URBACT kommt auf einem höheren politischen Niveau ins Spiel und finanziert 28 Netzwerke, die Kommunikationsmöglichkeiten zwischen 181 Städten und 5 000 Teilnehmern in der gesamten EU sowie in Norwegen und der Schweiz schaffen. Jedes Netzwerk deckt wirtschaftliche, soziale und ökologische Themen ab und wird von einer Lead-Partner-Organisation und einem Lead-Experten geleitet.

INTERREG IVC

EFRE-Budget: 321 Millionen €

Im Rahmen der Bemühungen der EU bahnen die INTERREG-Programme weiterhin den Weg für die Zusammenarbeit zwischen Regionen und Mitgliedstaaten, um einen höheren Mehrwert für Steuerzahler zu erzielen. Dieses spezielle Programm konzentriert sich im Zeitraum 2007-2013 auf Innovation und die Umwelt und ist eng mit dem EU-Schwerpunkt auf nachhaltiges Wachstum, Innovation und Beschäftigung – die so genannte erneuerte Lisbon-Strategie – verknüpft. Es zieht Nutzen aus dem gegenseitigen Wissensaustausch, während in anderen Fällen weniger erfahrene Regionen mit weiter fortgeschrittenen verbunden werden können. Vor allem aber sorgt diese Zusammenarbeit dafür, dass bewährte Verfahren in das Management von

Mainstream-Entwicklungsprogrammen einfließen. „Da die Auswirkungen des Klimawandels nicht an den Grenzen Halt machen, liegt es auf der Hand, dass interregionale Zusammenarbeit einen Mehrwert bringen kann“, sagt Michel Lambin, Leiter des Programms INTERREG IVC. „Die Regionen können Erfahrungen austauschen, feststellen, was anderenorts bereits realisiert wurde, und die am besten geeigneten Lösungen für ihre Region ausarbeiten. Auf diese Weise kann die teilnehmende Region eindeutig Zeit und Geld sparen.“

Zwei umfassende Themenbereiche charakterisieren die INTERREG-IVC-Projekte; dabei handelt es sich erstens um Projekte im Zusammenhang mit Innovation und der Wissensgesellschaft, und zweitens um Projekte in Bezug auf die Umwelt und den Risikoschutz. In dieser zweiten Kategorie werden zahlreiche bahnbrechende Themen untersucht, wie unter anderem die neueste Waldbewirtschaftung und erneuerbare Energiequellen.

FUTUREforest

Wälder spielen in der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts eine entscheidende Rolle und können auch den Weg zu vielen Verbesserungen weisen. Das Projekt FUTUREforest bringt Forstverwaltungsbehörden aus acht Regionen zusammen, um Informationen über viele praktische Themen auszutauschen, beispielsweise über die Erweiterung der biologischen Vielfalt, die Verbesserung der Wasserbilanz, Bodenstruktur und die Erzielung von Einnahmen aus Forstprodukten. Ihre Zusammenarbeit wird das Niveau ihrer Best Practices anheben und strategische Orientierung für künftige politische Entscheidungen liefern. Für dieses Projekt werden im Zeitraum von drei Jahren insgesamt 1,9 Millionen € (EFRE 1,5 Millionen €) bereitgestellt.

RegioClima

Ob wir dies nun akzeptieren können oder nicht – der Klimawandel ist heute Realität. Das Projekt RegioClima macht aus der Not eine Tugend und findet Wege zur Anpassung an die Veränderungen. Knapp 2 Millionen € (EFRE 1,6 Millionen €) wurden den acht Projektpartnern zugewiesen, die herausfinden wollen, wie man sich am besten an den Klimawandel anpasst und wie sich neue Konzepte in ihre regionalen Entwicklungsprogramme integrieren lassen.





LETZTE AUSGABE

In der letzten Ausgabe von Panorama ging es um die EU-Strategie für den Ostseeraum. Der Umweltzustand der Ostsee mit ihrer 8 000 km langen Küstenlinie, die sich acht EU-Mitgliedstaaten teilen, verschlechtert sich weiterhin. Im Juni 2009 verabschiedete die Kommission die EU-Strategie für den Ostseeraum, die diesen einzigartigen Teil Europas ökologisch nachhaltig, wohlhabend, zugänglich, attraktiv und sicher machen soll. Im Übrigen ist die Strategie ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zur regionalen Umsetzung der integrierten Meerespolitik. Obwohl die Strategie selbst über keine eigene Finanzierung verfügt, sollen im Rahmen der EU-Regionalpolitik und anderer EU-Finanzierungsinstrumente zwischen 2007 und 2013 mehr als 44 Milliarden € für die Ostsee bereitgestellt werden. Neue Projekte werden die Arbeit zahlreicher Personen und Organisationen, die in diesem Gebiet aktiv sind, koordinieren. Diese Projekte, die viele Aspekte des alltäglichen Lebens in der Region betreffen, werden beispielsweise dazu beitragen, die hohen Niveaus der Meeresverschmutzung zu reduzieren, Verkehrssysteme und Energienetze verbessern und den Schutz vor größeren Katastrophen auf See und an Land verstärken. Die EU-Strategie für den Ostseeraum wurde zur Diskussion und Genehmigung an das Parlament und den Rat geschickt.

http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/baltic/index_en.htm

NÄCHSTE AUSGABE

Die nächste Ausgabe wird sich mit der Frage befassen, wie sich die Regionalpolitik der EU vermitteln lässt: Mehr Transparenz und Sichtbarkeit der Politik waren ein Schlüsselement der Reform der Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2007-2013. In unserer nächsten Ausgabe von Panorama werden wir über innovative und gelungene Beispiele für Kommunikationsaktivitäten in den 271 Regionen der Union berichten. Wie man mit einem kleinen Budget erfolgreich kommuniziert, die optimale Nutzung der neuesten Medien, welche Kommunikationsanforderungen zu erfüllen sind und warum eine wirksame Kommunikation für die Regionalpolitik so wichtig ist ... all diese Fragen werden erörtert. Zwei Regionaljournalisten werden Ihnen sagen, welche Informationen sie benötigen, um Ihre Geschichte zu erzählen, und der Kommunikationsbeauftragte eines Programms mit schmalen Budget wird Ihnen Tipps geben, wie man die Aufmerksamkeit der Medien auf sich zieht.

Schreiben Sie an regio-panorama@ec.europa.eu und berichten Sie uns über Ihre erfolgreichste Kommunikationsaktion, oder teilen Sie uns einfach mit, welche Elemente der Regionalpolitik derzeit Ihre Aufmerksamkeit erfordern.

WANN?	WAS?	WO?
1. Oktober 2009	Konferenz zum Thema „Wie unterstützt die Kohäsionspolitik die Entwicklung des ländlichen Raums?“ http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm	Brüssel (BE)
5.–8. Oktober 2009	Open Days – Europäische Woche der Regionen und Städte: Globale Herausforderungen, europäische Antworten http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2009/	Brüssel (BE)
15. Oktober 2009	Konferenz des schwedischen Ratsvorsitzes zum Thema Umwelt, Klimawandel und Sicherheit – Den Herausforderungen begegnen http://www.se2009.eu/en/meetings_news/2009/10/15/conference_on_environment_climate_change_and_security	Stockholm (SE)
15. Oktober 2009	Workshop „Kohäsionspolitik, Innovation und Ostseestrategie auf lokaler Ebene“ http://www.in.ee/	Tallinn (EE)
15.–16. Oktober 2009	Internationale Konferenz „Ökologisches Netzwerk in den Alpen – eine Antwort auf den Klimawandel, mit der sich die biologische Vielfalt bewahren lässt?“ http://www.alparc.org/event-calendar/events-of-alparc	Berchtesgaden (DE)
27.–29. Oktober 2009	Internationales Symposium „Strategien zur Anpassung an den Klimawandel in Europas Regionen“ http://www.regional-climate.eu/	Düsseldorf (DE)
30. Oktober 2009	Workshop „Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit durch erneuerbare Energieressourcen“ http://www.pohjois-savo.fi/	Kuopio (FI)
30. November – 1. Dezember 2009	Konferenz „Neue Methoden zur Bewertung der Kohäsionspolitik: Rechenschaftspflicht und Lernen fördern“ http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/evaluation2009/index_en.htm	Warschau (PL)
7.–18. Dezember 2009	Klimakonferenz der Vereinten Nationen (COP15) http://en.cop15.dk/ http://unfccc.int/	Kopenhagen (DK)
10.–12. Dezember 2009	Konferenz des schwedischen Ratsvorsitzes zum Thema Kohäsionspolitik und territoriale Entwicklung http://www.se2009.eu/kiruna10december	Kiruna (SE)
21.–22. Mai 2010	Jahreskonferenz Regionen für den wirtschaftlichen Wandel und RegioStars-Preise 2010 http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/index_en.cfm	Brüssel (BE)

Informationen über wichtige regionalpolitische Veranstaltungen finden Sie unter:
http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/agenda/index_de.cfm

VERLEIHEN SIE IHRER STIMME GEHÖR

Panorama begrüßt Ihre Bemerkungen und Fragen.
Die nächste Ausgabe wird sich mit der Frage befassen,
wie sich die Regionalpolitik vermitteln lässt.

Wir sind gespannt darauf, von Ihnen zu hören. Berichten Sie uns über Ihre Kommunikationserfolge, effiziente Kommunikationsmittel oder auch über weniger gelungene Erfahrungen oder Probleme, die bei dem Versuch, kofinanzierte Projekte sichtbar zu machen, aufgetreten sind. Wir werden einige Ihrer Bemerkungen und Fragen auswählen und sie in unserer neuen Rubrik „Troubleshooting“ Experten für das Thema vorlegen. Wir sind auch daran interessiert, zu erfahren, welche Aspekte der Regionalpolitik derzeit Ihre Aufmerksamkeit erregen. Zögern Sie also nicht, sich zu äußern. Setzen Sie sich unter nachstehender Adresse mit uns in Verbindung, um Fragen zu stellen oder Ihre Ansicht zu diesem oder jedem anderen regionalpolitischen Thema mitzuteilen:

regio-panorama@ec.europa.eu

KN-LR-09-031-DE-C

ISSN 1608-3881

© Europäischen Union, 2009
Die Wiedergabe mit Quellenangabe ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.

Gedruckt in Belgien

AMT FÜR VERÖFFENTLICHUNGEN DER EUROPÄISCHEN UNION
L-2985 Luxembourg

Europäische Kommission, Generaldirektion Regionalpolitik
Referat B.1 – Kommunikation,
Information und Beziehungen zu den Drittländern
Raphaël Goulet
Avenue de Tervueren 41, B-1040 Brüssel
Fax : (32-2) 29-66003
E-Mail: regio-info@ec.europa.eu
Internet: http://ec.europa.eu/regional_policy/index_de.htm



■ Amt für Veröffentlichungen